Breslauer Zeitung.

Die Expedition ist Herrenstrasse Nr. 20.

№ 167. Donnerstag den 20. Juli **1848.**

An die Abonnenten der stenogr. Berichte der Verhandlungen der National-Versammlungen in Berlin u. Frankfurt a. M. Heute erscheint der 21—23. (141—143.) Bogen des 5. Abonnem. von 30 Bogen. Berlin Bog. 72. 73. Frankf. Bg. 70.

Versammlung zur Vereinbarung der preußischen Staats-Verfassung.

(Sitzung vom 18. Juli.)

Das Protokoll wird verlesen und der Versammlung mitgetheilt, daß von dem Gouvernement eine Vorlage über ein Domainen- und Forst-Verwaltungs-Gesetz eingegangen, ebenso überreicht Minister Gierke eine Ausarbeitnng der Motive zu seiner Gesetzesvorlage über die Aufhebung einiger bäuerlichen Lasten.

Rodbertus liest eine Erklärung vor, nach welcher er bei dem Jacoby'schen Antrage zwar nicht für den Gesammt-Antrag, aber doch gegen die Verwahrung des Ministerii gestimmt haben würde. — Waldeck berichtet für die Verfassungs-Kommission: die Kommission habe sich für unentgeltliche Ertheilung des Schulunterrichts erklärt. Was die Communalverfassung beträfe, so habe man sich für eine Eintheilung in Bezirke, Kreise und Gemeinden erklärt. Der Vorstand des Bezirks wird von der Regierung, der des Kreises und der Gemeinde von den Gemeindemitgliedern ernannt. Ferner habe man sich für das Zweikammer-System entschieden und jedem 24jährigen Preußen das active Wahlrecht eingeräumt, wenn er 6 Monate am Orte der Wahl ansässig. Die indirekten Wahlen habe man vorbehaltlich einer einfachen Aenderung Seitens der legislativen Kammer für jetzt beibehalten, die Dauer der zweiten Kammer auf drei Jahre und der ersten Kammer auf sechs Jahre festgesetzt. Die erste Kammer (der Senat) wird von den vereinigten Kreis- und Bezirksvertretern erwählt, und ist zur Wählbarkeit in der ersten Kammer ein Alter von mindestens 40 und für die zweite Kammer ein Alter von mindestens 30 Jahren erforderlich. — Minister Kühlwetter: Ich sehe mich veranlaßt zu bemerken, daß wir mit der Ausarbeitung einer Communalverfassung beschäftigt sind und dieselbe sobald als möglich vorlegen werden. Es hat sich das Gerede verbreitet, daß das neue Ministerium einen freisinnigen Gemeinde-Verfassungs-Entwurf vorgefunden, denselben aber als zu freisinnig nicht benutzt habe. Ich weiß nicht, wie man dazu kommt, das jetzige Ministerium für weniger freisinnig zu halten, als das frühere, ich kann aber versichern, daß ich bei Uebernahme des Ministeriums keinen Communal-Verfassungs-Entwurf vorgefunden habe. — Dunker erstattet für die Adresse-Kommission Bericht. Die Adresse-Kommission habe sich gegen die Erlassung einer Adresse erklärt, weil dieselbe keine belangreichen Gründe nach dem Abgange des vorigen Ministeriums für die Adresse habe finden können. — Minister-Präsident v. Auerswald erklärt sich im Namen des Ministerii mit dem Kommissions-Antrage einverstanden. Der Kommissions-Antrag wird mit sehr großer Majorität angenommen und keine Adresse zu erlassen beschlossen. — Bucher erstattet Bericht für die Central-Abtheilung über den Antrag von 94 Abgeordneten wegen Aufhebung der Gesetze über die Befugniß der Kreisstände: Ausgaben zu beschließen. — Minister Kühlwetter erklärt, daß er durch eine Verfügung an die Regierungen dies schon bestimmt habe. — Weichsel glaubt, daß dieser Verfügung des Ministers die Regierungen gar nicht Folge zu leisten hätten. Es sprechen noch mehrere Redner für und gegen, und die Versammlung entscheidet sich für den Kommissions-Antrag mit Hinzufügung des Amendements von Groß, unbeschadet der früher getroffenen Anordnungen der Kreisstände. — Reichensperger berichtet, daß sich die Kammission in der Valdenaire'schen Angelegenheit für die sofortige Einberufung des Abgeordn. Valdenaire erklärt habe. Nach einem ihm zugekommenen Aktenstücke habe das Landgericht Valdenaire freigesprochen, es sei jedoch in Folge Antrags von Mitgliedern des Richterkollegiums (es kann ein Mitglied des Kollegiums dies verlangen) die Sache an den Appellationshof gegangen. v. Berg erklärt sich für den Antrag der Kommission. Siemon ist gegen denselben; sei Valdenaire unschuldig, so würde man ihm keinen Gefallen erzeigen, wenn man seiner Freisprechung durch die competente Gerichtsbehörde vorgriffe. Bauerband spricht ebenfalls gegen den Kommissions-Antrag, sei Valdenaire wirklich schuldig, so werde nur ein geringer Theil gern mit ihm in der Kammer zusammen sein. Man bestimme das nähere Urtheil durch die Einberufung Valdenaires. Borchardt für den Antrag. Man müsse nach dem Gesetz verfahren, und Valdenaire einberufen, es haben 8 Zeugen seine Unschuld bezeugt; sollte er verurtheilt werden, so wäre die Strafe später zu vollziehen, wenn er nicht mehr Abg. Gräff (Valdenaire's Stellvertreter) spricht für, Stubb gegen den Antrag. Reichensperger macht darauf aufmerksam, daß die Frage eine politische und keine juristische sei. Wenzelius spricht noch als Antragsteller für den Antrag und die Majorität entscheidet sich für die Einberufung Valdenaire's.

Borchardt beantragt, die Versammlung möge beschließen, daß eine Sitzung über 8 Tage zur Verhandlung und Beschlusse über den Antrag des Abg. v. Lisinski auf Abschaffung der Todesstrafe, fixirt werde. Es hätten sich mehrere Abth. für die Abschaffung der Todesstrafe erklärt, in diesen Tagen seien aber zwei Todesurtheile in Koblenz vollstreckt worden, sei aber die Strafe als ungerecht und inhuman anerkannt, so dürfe einem veralteten Gesetze kein Menschenleben mehr geopfert werden. Ritz sieht darin eine unparlamentarische Anklage seiner Abth., die noch nicht über den Lisinskischen Antrag berathen unv die man so zwingen wolle, sofort zur Berathung dieses Antrags zu gehen und andere liegen zu lassen. Brill: Wenn wir damit umgehen, die Todesstrafe abzuschaffen und in der Zwischenzeit welche geköpft werden, so ist das noch unparlamentarischer. (Heiterkeit.) Baumstark macht auf den Ernst der Frage, der dergleichen nicht vertrage, aufmerksam. Brill: Was er gesagt, habe seine sehr ernste Seite und wenn er etwa durch den vorigen Redner (Baumstark) zurecht gewiesen werden solle, so täusche sich derselbe, der Redner habe die zurecht gewiesen, die in dem Antrage etwas unparlamentarisches sehen. Nachdem noch der Minister-Präsident v. Auerswald erklärt, daß Todesurtheile jetzt nicht würden vollstreckt werden, wird ein Amendement, den Abtheilungen lediglich Eile anzuempfehlen, gestellt; der Antrag wird verworfen und das Amendement angenommen.

Ein Antrag von Hildenhagen: die hohe Versammlung möge, so lange die Regierung nicht das verheißene Gemeinde-Gesetz vorgelegt habe, den Präsidenten beauftragen, jede Sitzung mit der solennen Formel zu schließen: „wir aber sind der Meinung, das Ministerium müsse die Vorlage eines Gemeinde-Gesetzes möglichst beschleunigen," erregt zwar große Heiterkeit, findet jedoch keine Unterstützung. Mehrere Anträge (u. A. von Krause, wegen Ernennung einer Kommission, Behufs Einführung einer Einkommensteuer auf den 1. Januar 1849) gehen in die Abtheilung.

Man geht zu der noch unerledigten Tages-Ordnung vom 29. Juni über. Zunächst kommt Kämpfs Interpellation in Betreff vorläufiger Anordnungen über die Stellung der Militär-Aerzte an die Reihe. Der Kriegsminister erklärt: es liegen bereits umfangreiche Vorarbeiten vor, nach welchen mit einer gründlichen Revision des Militär-Medizinalwesens vorgegangen werden soll. Schon in den nächsten Tagen wird eine Verordnung zur Reife gebracht werden, welche den Militär-Oberärzten eine angemessene Gehaltszulage und eine passendere Stelle in der Rangordnung einräumen soll.

Es folgt die Tages-Ordnung vom 4. Juli. Hoffrichter zieht seinen Antrag wegen Aufhebung der Censur beim Militär zurück, da Herr von Griesheim ihm erklärt habe, daß die Aufhebung bereits erfolgt sei. — Bredt interpellirt das Staats-Ministerium: 1) über die Schritte der Regierung um den Beitritt Oesterreichs, Hannovers, Oldenburgs, Mecklenburgs und der Hansestädte zum Zollverein zu bewirken; 2) darüber, ob neben der hierdurch herbeizuführende Bildung eines allgemeinen deutschen Zollvereins auf einen deutschen Handels- und Schifffahrtsbund Bedacht genommen sei, welcher, gestützt auf ein gemeinsames Differential-Zoll-System die Aufgabe hat, die bisherige fremde Vermittelung des deutschen transatlantischen Handels zu beseitigen, dagegen den direkten Handel Deutschlands mit den überseeischen Ländern zu befördern; 3) in Betreff der Revision des Zolltarifs. Der Handels-Minister Milde erklärt: ad 1) „ich glaube annehmen zu dürfen, daß sich die Frage nicht auf die Vergangenheit richtet, sondern auf die Schritte, welche in dieser Beziehung seit dem März d. J. gethan sind. Die preuß. Regierung hat schon vor dem Bundesbeschluß vom 19. Mai d. J. mit Nassau, Baden, Württemberg und einigen andern Staaten Verabredungen getroffen, und erwartet die Vorschläge der betheiligten Regierungen; ad 2) das Differential-Zollsystem ist bekanntlich, wie in der Literatur, so auch in den Verhandlungen der deutschen Regierungen seit Jahren ununterbrochen ventilirt worden. Zu einer Beschlußnahme haben die Verhandlungen, welche besonders mit den Küsten-Staaten gepflogen werden mußten, noch nicht geführt. — Da der Interpellant vor Allem die Ansichten der preußischen Regierung zu vernehmen wünscht, so erklärt der Minister: ich glaube, daß die Lage, in welcher sich die Regierung jetzt befindet, mir nicht gestattet, mich über diese Frage mit apodiktischer Gewißheit zu äußern. Ad 3 erklärt derselbe, daß die in Aussicht stehende Zollvereinigung aller deutschen Staaten bereits Anfangs April die Regierung veranlaßt habe, mit Hinblick auf den Personenwechsel in der Finanzverwaltung der einzelnen Staaten die Anfrage zu stellen, ob es nicht besser sei, die Revision des Tarifs zu verschieben, und in diesem Jahre die nöthigen Erleichterungen u. s. w. im Wege der Korrespondenz zu verabreden. In Folge der von der französischen Regierung neuerdings getroffenen handelspolitischen Anordnungen erklärt der Minister, werde er wahrscheinlich in Kurzem in den Fall kommen, der Versammlung Vorlagen zu machen.

Gegen den Abgeordneten Gladbach hatte der Abgeordnete Schütz wegen der Aeußerung, die schleswigschen Freischärler wollten sich nicht unter die preußische Militärdisziplin „knechten" lassen, — eine Anklage erhoben. Schütz hat dieselbe zwar zurückgezogen, allein Gladbach will sich dennoch rechtfertigen. Unter großem Lärmen der Versammlung (mehrere verlassen die Plätze, Andere rufen: zum Schluß! nicht ablesen! u. s. w.) weist Gladbach nach, man habe den Freischärlern die ertheilten Zusicherungen nicht gehalten, das sei eine Knechtung. Schütz bemerkt, er habe die Anklage nicht aus Feigheit zurückgezogen, sondern nur, um der Versammlung eine leidenschaftliche, dem Lande unersprießliche Debatte zu ersparen. — Der Präsident schließt die Sitzung 3¼ Uhr.

Berlin, 18. Juli. [Amtlicher Artikel des Staats-Anzeiger.] Se. Maj. der König haben

allergnädigst geruht: dem Ober-Mühlen- und Bau-Inspektor Schwahn zu Berlin den Charakter als Baurath zu verleihen. — Dem Maschinenmeister J. F. Lausmann zu Düsseldorf ist unter dem 11. Juni 1848 ein Patent auf eine Steuerungs-Vorrichtung für Dampfmaschinen, insoweit solche nach der vorgelegten Zeichnung und Beschreibung für neu und eigenthümlich erachtet worden ist, und ohne Jemand in der Anwendung bekannter Theile zu beschränken, auf acht Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preußischen Staats ertheilt worden.

Angekommen: Der Fürst Konstantin Suzzo, Statthalter der Wallachei, von Aachen.

Se. Maj. der König haben am 16. d. Mts. den Minister-Präsidenten v. Auerswald und gestern den Finanz-Minister Hansemann in Sanssouci empfangen und mit denselben gearbeitet. (St.-Anz.)

In der ministeriellen Denkschrift, die sich an den Haupt-Finanzetat und an die bekannten Vorlagen knüpft, welche im April d. J. dem vereinigten Landtage gemacht wurden, wird die Nothwendigkeit, außerordentliche Mittel in Form einer Zwangsanleihe aufzubringen, aus dem bisher ungenügenden Ergebniß der freiwilligen Anleihe (es sollen nur 1½ Millionen Rthlr. eingegangen sein) und aus den Ausfällen in den Staatseinnahmen, so wie aus der Steigerung der Ausgaben hergeleitet *). Ausfälle in der Einnahme werden in folgenden Rubriken erwartet:

1) Im Ertrage des Eingangs-, Ausgangs- und Durchgangszolles wegen Verbrauchsminderung der zollpflichtigen Artikel, wegen der Geldkrise und der Hemmung der überseeischen Verbindungen durch den Krieg mit Dänemark. Auch in der Stempelsteuer, Mahl- und Schlachtsteuer und Brausteuer wird ein Minus der Einnahme vorausgesehn.
2) In der Einnahme aus dem Salzmonopol wegen vermehrter Bezugskosten für das überseeische Salz durch den dänischen Krieg.
3) Bei den Domainen durch Erlaß oder Stundung angefochtener Abgaben.
4) Bei den Forsten durch stockenden Absatz des Holzes.
5) Bei der Bergwerksverwaltung durch den herabgedrückten Preis mehrerer Produkte und die Unmöglichkeit, einzelne Hauptprodukte gegenwärtig in größeren Quantitäten zu verkaufen.
6) Bei der Grundsteuer in der Provinz Posen. Bestimmt wird das Minus der Einnahmen im Verhältniß zum Finanzetat für 1848 deshalb nicht angegeben, weil die Einnahme-Uebersichten, welche die Provinzialbehörden nur vierteljährlich einreichen, erst Ende Juli für den ganzen Staat zusammengestellt werden können, und weil einzelne Posten nicht zu bestimmten Zeiten eingehen. Der Minister nimmt indeß für Jahresschluß einen Einnahme-Ausfall von etwa 8,000,000 Rtl. an. Die Staatsausgaben betreffend, wird zwar für die Zukunft bei der bevorstehenden innigeren Vereinigung der deutschen Länder eine Minderung des Militäraufwandes erwartet, gegenwärtig aber eine starke Mehrausgabe beansprucht, um nach dem Ausdrucke der Denkschrift, die errungene Freiheit und nationale Selbstständigkeit zu erhalten. Nachdem noch auf die Mehrausgaben für die Bauten, um Arbeitsgelegenheit zu verschaffen und für die Unterstützung der Handels- und Kreditinstitute hingewiesen ist, heißt es wörtlich:

„Es darf nicht unerwähnt bleiben, daß selbst die Erhaltung der gewährten großen Freiheiten mit Opfern für die Staatskasse verbunden ist, indem fortwährend Elemente auftauchen, welche auf den Umsturz der bestehenden Verfassung hinarbeiten.

Als schon bestrittene und voraussichtlich noch zu bestreitende im Etat nicht vorgesehene Ausgaben werden angegeben;

1)	Zu Unterstützungen in den Kreisen Pleß und Rybnik	800,000 Rtl.
2)	Zur Auslösung der in Berlin versetzten Pfänder bis zu 5 Rtl. (angeordnet am 19. März)	450,000 Rtl.
3)	Vorschuß an den Berliner Magistrat zur Aushülfe bei den Sparkassen	200,000 Rtl.
4)	Zuschüsse zu Errichtung von Schutzmannschaften und zur Bewaffnung von Bürgerwehren	1,000,000 Rtl.
5)	Kosten des vereinigten Landtages der Berliner und der Frankfurter National-Versammlung	300,000 Ril.
6)	Zuschüsse zur Justizverwaltung wegen Zurückbleibens der Sporteln	1,000,000 Rtl.
7)	An außerordentlichen Militärausgaben, einschließlich der Kosten für Küstenbewaffnung	10,000,000 Rtl.
8)	Kosten zur Herstellung einer deutschen Kriegsmarine	1,000,000 Rtl.
9)	Zur Anlegung von elektromagnetischen Telegraphen zur belgischen Grenze und nach Frankfurt	250,000 Rtl.
10)	Zur Erweiterung der Geschäfte der Bank	3,000,000 Rtl.
11)	Zur Errichtung von Diskontokassen	1,000,000 Rtl.
12)	Zur Aushülfe der Seehandlung	1,000,000 Rtl.
13)	Zuschuß an das Ministerium der öffentlichen Arbeiten behufs Arbeiterbeschäftigung	2,500,000 Rtl.
	Summa	22,500,000 Rtl.

Zur Bestreitung dieser Ausgaben sind aus dem Staatsschatze, der zu Ausgang 1847: 15,527,387 Rtl. betrug, 13,000,000 entnommen worden, so daß 9,500,000 Rtl. und wenn dann 889,000 Rtl. von wiedereingegangenen Roggenankaufsgeldern abgezogen werden, 8,611,000 Rtl. außerordentliche Ausgaben zu decken sind.

Diese Summe und die zu oben angegebenen Einnahmeausfälle von 8,611,000 Rtl. betragen zusammen 16,611,000, welche demnach aufzubringen wären. Im Staatsschatze sind noch 2,527,387 Rlt. und es äwren somit nur 14,000,000 Rtl. zu beschaffen, doch sollen, weil noch mehr Einnahmeausfälle und außerordentliche Ausgaben zu befürchten sind, etwa 15,000,000 beschafft werden.

Den Gesetzentwurf über die dazu vorgeschlagene Zwangsanleihe haben wir bereits mitgetheilt. — Zur Abbürdung und Verzinsung der so kontrahirten Staatsschuld und zur Deckung der auch für das künftige Jahr zu befürchtenden Ausfälle ist: 1) eine Erhöhung der Steuer von inländischem Rübenzucker; 2) eine Steigerung des Hebesatzes für die Branntweinsteuer und 3) eine Aufhebung der jetzt noch bestehenden Klassensteuerbefreiungen vorgeschlagen. Die Mehreinnahme dafür beträgt nach dem Entwurf:

ad 1:	120,000 Rtl..
ad 2:	1,300,000 =
ad 3:	160,000 =
Summa	1,580,000 Rtl.

Davon abzuziehen ist ein auf 50,000 Rtl. veranschlagter Einnahmeausfall, herbeigeführt durch die vorgeschlagene Ermäßigung des Zeitungsstempels und Aufhebung des Stempels zu Gesuchen an Verwaltungsbehörden, so daß nur eine Mehreinnahme von 1,530,000 Rtl. übrig bliebe.

*) Wir haben bereits einige data aus dieser Denkschrift der Vossischen Zeitung entlehnt. Da sie jedoch unvollständig waren, geben wir hiermit einen ausführlicheren Bericht.

♂ **Berlin**, 18. Juli. [Schloßgitter. Künftiger Aufenthalt des Königs. Die Kammer.] Die famosen Gitter sind nun in der That an den Portalen des Schlosses angebracht, starke Arbeit in großen robusten Formen, aber doch pygmäenartig aussehend zu den kolossalen Dimensionen des Prachtgebäudes. Obgleich Bataillone der Bürgerwehr consignirt sind, hat sich Nichts ereignet, was auf eine wirklich eintretende Ruhestörung schließen konnte. — Der König hat dem Vernehmen nach beschlossen, 4 Monate in Charlottenburg zu residiren; ein Flügel des dortigen Schlosses, den der Prinz von Preußen beziehen soll, wird renovirt und restaurirt. — Die Kammer, ermüdet durch die vielen und ernstlichen Arbeiten in den Abtheilungen, trug in ihren heutigen Verhandlungen sehr den Charakter der Abspannung, und schien über das Resultat in der Valdenaireschen Angelegenheit ziemlich erstaunt. Die neuen Minister fangen jetzt erst an, sich häuslich einzurichten, und namentlich rühmt man den comfortablen Geschmack Ihres Landsmannes, des Herrn Milde.

Berlin, 18. Juli. [Tagesneuigkeiten.] Da die offizielle Berufung des Professor Rosenkranz sich in die Länge zieht, so glauben viele, daß sich die Unterhandlungen mit ihm zerschlagen hätten. Dem ist jedoch nicht so, ich kann Ihnen im Gegentheil melden, daß dieselben zu einem für beide Theile befriedigenden Resultate geführt haben. — Der Kommandeur des Füsilier-Bataillons 24. Inf.-Regts., welches bei den neulichen Vorfällen auf der Karlsstraße betheiligt war, hat am andern Morgen seinen tapfern Uckermärkern eine Rede gehalten, in der er ihr gutes Benehmen gepriesen. Er habe zwar gehört, daß einige „Leute" den Bürgern die Gewehre abgenommen, das ginge ihn aber nichts an. Es werde ihn freuen, wenn er den Soldaten beim Abschiede werde sagen können: Ich danke Dir statt Ihnen, und wenn der Soldat sagen könnne: Ich danke Dir, Vater Major. Den braven Uckermärkern sind die Thränen in die Augen getreten, und als sie heim gingen, suchten sie mit jedem Civilisten anzubinden, der ihnen begegnete. — Mehrere Bürger aus Falkenberg haben an ihren Abgeordneten, Grafen Reichenbach, eine Adresse gerichtet, in der sie darlegen, daß ihr Magistrat im Vereine mit der Oppelner Regierung ihnen einen von ihnen nicht gewählten Kommandeur aufdringen wolle. Es gehe das Gerücht, man wolle sie, falls sie sich nicht fügten, entwaffnen. Die Bürger erklären jedoch, ihre Waffen unter keinen Umständen aus den Händen geben zu wollen. Reichenbach wird wohl diese Angelegenheit vor das geeignete Forum zu bringen wissen, um den Uebergriffen der Bureaukraten ein Ziel zu setzen. — Am 14. d. M. hat zu Magdeburg in der Stadt London eine große Versammlung von reaktionären Beamten stattgefunden. Jeder bezahlte 1 Thlr. Entrée. Viele gaben jedoch bis 5 auch zu 10 Rtl. Man vertheilte geheime Programme. Es wurde der Vorschlag gemacht, eine Petition an das Ministerium zu richten, worin um die Zurückführung der alten Zustände gebeten wird. Sie ist jedoch noch nicht zu Stande gekommen. Die nächste Versammlung findet in Halle statt.

Be lin, 18. Juli. [Tagesbericht des Correspondenz-Bureaus.] Ein Sturm droht dem Ministerium Seitens der Grundbesitzer der östlichen Provinzen. Die der National-Versammlung überreichte Denkschrift, welche einen Erlaß von $1/10$ der Hülfsdienstgelder der Bauern und des Canons der Erbpächter, sowie einen neuen Ablösungsmodus rücksichtlich der übrigen $9/10$ vorschlägt, hat diesen Sturm heraufbeschworen. Herr v. Bülow-Cummerow protestirt gegen eine solche Maßregel, als gegen „eine unerhörte Eigenthums-Verletzung." Den Grundbesitzern, und wie es heißt, auch den Hausbesitzern soll bereits eine Grundsteuer von 10% angekündigt sein. Hr. v. Bülow-Cummerow protestirt gegen die Befugniß der Regierung und der National-Versammlung, eine solche Steuer ohne Entschädigung aufzuerlegen. Endlich empört sich der genannte Liberale von Ehedem gegen eine Erhöhung der Branntwein- und Runkelrübenzucker-Steuer. „Alle vorbenannten Steuern — klagt er — werden mit Schonung der Rheinprovinzen den östlichen in einem Augenblicke aufgelegt, wo der Krieg mit Dänemark sie zu Grunde richtet, und die Großmacht Preußen nicht einmal einen Waffenstillstand abzuschließen befugt geachtet wird." Zur Berathung von Schritten gegen diese Maßregeln ist auf nächsten Montag eine Versammlung in Stettin ausgeschrieben. Man will Adressen und Proteste gegen die Auflegung dieser Lasten richten, und „wenn diese nichts fruchten sollten", droht der wüthendste Feind der Anarchie, Herr v. Bülow, sogar mit Steuerverweigerung gegen die durch die verfassungsmäßigen Gewalten gefaßten Beschlüsse. — Die Verfassungs-Kommission hat den Beschluß gefaßt, das Jagd- und andere Dominial-Rechte ohne Entschädigung aufzuheben. Bevor über diesen Beschluß abgestimmt wurde, bemerkte der in der Kommission anwesende Minister des Ackerbaues, Herr Gierke, daß man keinen Beschluß fassen möge, da er demnächst der Kammer über denselben Gegenstand ein besonderes Gesetz vorlegen werde. — Demnach scheint das Ministerium die unentgeltliche Aufhebung dieser in den betreffenden Kreisen so drückenden Berechtigungen nicht zu belieben, obwohl ein großer Theil der ländlichen Bevölkerung gerade in dieser Aufhebung eine Garantie der verheißenen Freiheiten sieht. — Der Andrang zu dem Bureau für die freiwillige Anleihe ist jetzt so stark, daß eine Aufrechterhaltung der Ordnung demnächst durch Bürgerwehr nöthig sein wird. — Der konstitutionelle Kongreß, welcher vom hiesigen konstitutionellen Klubb berufen ist, wird Sonntag den 22., früh 10 Uhr, eröffnet werden. Zum Versammlungsort ist das Klubb-Lokal, der Mielentz'sche Saal, bestimmt, woselbst schon Freitag ein permanenter Ausschuß des Comité's zur Begrüßung der eintreffenden Kongreßmitglieder anwesend sein wird. Das Comité hat ein Programm entworfen, welches als Gegenstände der Berathung, nach 4 Kategorien gruppirt, vorschlägt: 1) in Betreff der Organisation und künftigen Wirksamkeit der verbrüderten Klubbs, der Versammlungsort, Blatt, Centralisation u. s. w.; 2) in Bezug auf die preuß. Verfassung: gemeinsame öffentl. Erklärungen über Auffassung der Revolution, Volkssouverainetät, Ein- oder Zweikammersystem, königl. Veto, Wahlgesetz; 3) in Bezug auf die deutsche Verfassung: Grundrechte des deutschen Volkes, Form der National-Repräsentation, Form der Centralexecutivgewalt, Stellung der Einzelstaaten zur Gesammtheit; 4) die socialen Fragen, Gewerbs- und Arbeiter-Verhältnisse, Freihandelssystem, Abgabensystem, socialistische Systeme. — Der constitutionelle Klubb hat an die Baiern eine Adresse gerichtet, wegen der unbedingten Unterwerfung Baierns unter die Beschlüsse der deutschen Reichsversammlung. Die Deputirten für Breslau versenden eine Erwiederung auf die Erklärung des constitutionellen Central-Vereins, in der sie besonders dessen Angriffe in Betreff der von der Linken ausgegangenen Interpellationen und der dieser Partei zur Last gelegten Verzögerung des Verfassungswerkes zurückweisen. „Die Linke ging von der Ueberzeugung aus, daß der vorgelegte Verfassungs-Entwurf gar nicht zu gebrauchen sei, und stellte deshalb mehr als einmal den Antrag, daß durch eine Commission ein neuer ausgearbeitet werden müsse. Wer widerstrebte diesem Antrage? das Ministerium und die Rechte. Wer siegte endlich? die Linke, durch den Waldeckschen Antrag. Jetzt überzeugen sich auch die Parteiführer der Rechten, die zugleich Mitglieder der Verfassungs-Commission sind, daß nur auf diesem Wege das Verfassungswerk beendigt werden konnte." — Den Vorwurf einer Verzögerung der Arbeiten durch Interpellationen weisen die Herren Nees v. Esenbeck, Stein und Brill durch den Nachweis von sich, „daß von 40 Interpellationen nur 11 von der Linken gestellt worden sind." — Gestern haben im Handelsministerium gewichtige Berathungen über zu ergreifende Maaßregeln gegen Frankreich, namentlich über Erhöhung der Ausfuhr-Prämien auf Baumwolle, Seide, Leinen ꝛc. stattgefunden. Das Resultat ist noch nicht bekannt. — Gegen den Commissions-Bericht in der Zeughaus-Angelegenheit haben sich von verschiedenen Seiten Stimmen erhoben. Namentlich wird die Darstellung der Handlungsweise des Lieutenant Techow als eine unwahre bezeichnet; sobald die Umstände es Herrn Techow gestatten, seine Handlungsweise offen darzulegen, werde man sich von der Ehrenhaftigkeit des Angeschuldigten überzeugen. — Wir bemerken übrigens hierbei, daß die von uns und den hiesigen Blättern seiner Zeit mitgetheilte Nachricht, wonach Lieutenant Techow zu lebenswieriger Festungsstrafe verurtheilt sein soll, nicht gegründet erscheint, da das kriegsgerichtliche Urtheil noch gar nicht erfolgt sein soll. — Ein Herr v. Beust erklärt heute, am Abend des 14. Juni in einem öffentlichen Lokale Leipzig's gehört zu haben, „daß in derselben Stunde in Berlin ein bedeutender Kampf des Volkes um Waffen stattfinde." — Der heutigen Sitzung der constituirenden Versammlung wurde mit großer Spannung entgegengesehen. Es hatte sich allgemein, zumal in den Kreisen der Kammermitglieder die Erwartung verbreitet, das Ministerium werde ausführliche Eröffnungen über den gegenwärtigen Stand der schleswig-holsteinischen

Sache machen. Dieser Voraussetzung ist jedoch durch die heutige Sitzung nicht entsprochen worden. — Gegen das Ende der Verhandlungen wäre die Bredtsche Interpellation in Betreff der Zollvereinsfragen das Interesse anzuregen sehr geeignet gewesen, hätte nicht schon die lange Dauer der Debatten dasselbe in dem Maße erschöpft, daß die Versammlung nicht nur den Redner unbeachtet ließ, sondern auch durch ihre Unruhe es der Journalisten-Tribüne unmöglich machte, dem Vortrage des Abgeordneten für Elberfeld diejenige Aufmerksamkeit zu schenken, welche durch die Wichtigkeit der angeregten Fragen geboten war. Selbst die Eröffnungen des Herrn Milde konnten wegen der Störungen im Schooße der Versammlung nicht deutlich und vollständig genug vernommen werden. Als zum Schluß der Abgeordnete Gladbach sich gegen die von dem Abg. Schütz erhobene Anklage rechtfertigte, steigerte sich die Unruhe fast zum Tumult. Die Mitglieder, welche nur noch spärlich auf den Bänken waren, verließen diese vollends und nöthigten so den Redner, seine Vertheidigung abzubrechen. (Gladbach hatte bei der Interpellation wegen der in Spandau vorgenommenen Entwaffnung der schleswigschen Freischärler sich des Ausdruckes bedient: die Freischärler wollten sich nicht unter die preußische Militairdisciplin „knechten" lassen. Hiergegen war die Anklage des Abgeordneten Justiz-Commissarius Schütz aus Fraustadt gerichtet).

Swinemünde, 17. Juli. Gestern Mittag ankerte unweit der Fregatte „Havfruen" eine Kutterbrigg und einige Stunden später eine Brigg mit englischer Flagge. Letztere, jedenfalls hierher oder nach Stettin bestimmt, liegt auch jetzt, Morgens, noch auf der Rhede, wogegen die Kutterbrigg (unter dänischer Flagge) nicht weiter sichtbar ist. (Ostsee-Ztg.)

* **Posen**, 17. Juli. [Zurechtweisung. Berichtigung. Volksbewaffnung. Rekrutirung.] Aus unserer Korrespondenz vom 6. d. M. ist in der Posener Zeitung Nr. 161 ein Auszug abgedruckt worden, der, ohne eine motivirte Widerlegung der von uns angeführten Fakta zu enthalten, mit einem sehr hämischen Angriff auf uns schließt. Wenn Jemand statt Gegenbeweisen nur Schimpfereien und Schmähungen auftischen kann, so hat er über seine Sache schon selbst den Stab gebrochen. — Wir würden übrigens Ihr Blatt nicht mit Vorstehendem behelligt haben, wenn nicht die Redaktion der Posener Zeitung bis jetzt die Aufnahme der von uns eingehenden Entgegnung verweigert hätte, indem sie § 4b nicht auf diesen Fall anwendbar finden will, weil in dem angreifenden Artikel unser Name nicht genannt sei. — In Bezug auf unsern letzten Artikel müssen wir eine Namens-Verwechselung bertchtigen — nicht Tschech, sondern Tschirch hieß der Unteroffizier, der das Kommando führte, welches die sieben Deutschen von Pogorzelice nach der Grenze transportirte und den Kosaken auslieferte. — Seit der Vorlage des Gesetzes über die Organisirung der Volksbewaffnung diskutirt man hier eine sehr kitzliche Frage, nämlich: Ob auch die Polen bewaffnet werden sollen. — Nach unserer Ansicht giebt es keinen andern Ausweg, als das Gesetz für die ganze Provinz zu suspendiren, wenn man von der allgemeinen Bewaffnung nichts Gutes hofft, denn eine Nationalität dabei bevorzugen, wäre nur ein beklagenswerthes Unrecht. — Gegenwärtig erfolgt hier die Einrollirung der jungen Leute bis zum Alter von 28 Jahren, ohne jedoch sofort ausgehoben zu werden, so weit sie nicht in dem gewöhnlichen militärpflichtigen Alter sind. Von letzteren ging heute — so viel wir hören — ein Transport zur Rekrutirung der in Luxemburg stehenden Truppen ab. — Die Erndte beginnt hier bereits, und zwar mit guten Aussichten; die bisher geerndteten Kartoffeln sind jedoch nicht von guter Qualität, sondern fleckig und sehr wässerig. Es beginnen hier bereits Gerüchte von vorgekommenen Cholerafällen umzulaufen; nach nähern von uns eingezogenen Erkundigungen scheinen jedoch in Folge des Genusses der ungesunden, neuen Kartoffeln eintretende starke und mit Magenschmerzen und Kopfweh verbundene Durchfälle zu diesem Gerücht Anlaß gegeben zu haben.

Der Redaktion geht folgender berichtigende Artikel zu:

In Nr. 163 des Hauptblattes der Breslauer Zeitung ist ein Artikel über Pogorzelice an der russischen Grenze, welcher nicht ganz der Wahrheit gemäß ist, und welchen zu berichtigen, ich für meine Pflicht halte. Der Führer der 6. Kompagnie 7. Infanterie-Regiments in Pogorzelice hatte wie sämmtliche Detachements-Kommandeurs, den Befehl, durch häufigen Patrouillen-Gang Ruhe und Ordnung in seiner Gegend zu erhalten. In der Nacht vom 3. zum 4. Juni, bei Durchsuchung des Vorwerks Lubobry an der russisch-preußischen Grenze fand eine solche Patrouille unter Anführung des Lieutenant Hollatz, drei Unteroffizieren, (davon einer Unteroffizier Gąsiorowski war) und 20 Gemeinen, sieben in einer Scheuer versteckte verdächtige Leute, und brachte sie nach Pogorzelice. Ihre Namen sind: zwei Brüder Paczkowski, zwei Brüder Eichhorst, Joseph Grzeszkiewicz und Kasimir Gruszkiewicz, sämmtlich aus Peisern, und Adolph Kowalski aus Wszemborz Wreschner Kreises. Ein Deutscher Namens Franke wurde nicht arretirt. Da diese Lente sämmtlich an dem Insurgenten-Kampfe Theil genommen hatten, erstere sechs aber russische Unterthanen waren, so wurden sie den 5. Juni c. dem Landraths-Amt in Pleschen übergeben und der preußische Unterthan Kowalski dem Landraths-Amt in Wreschen. Ueber das weitere Schicksal dieser Insurgenten ist mir keine Kenntniß geworden, mithin ist die Behauptung, daß der Premier-Lieutenant v. Pelkowski obengenannte Leute an Kosaken ausgeliefert habe, falsch.

K.-Q. Neustadt a. W., den 17. Juli 1848.

Vanselow,
Major und Kommandeur des 2. Bataillons kgl. 7. Infanterie-Regiments.

= **Ostrowo**, 16. Juli. Ein großer Theil hiesiger Kaufleute hatte den vernünftigen Beschluß gefaßt, alles polnische Geld, wegen des zu theuren Agios gegen preußisches, zu einem geringern Werthe anzunehmen, namentlich aber die polnischen 5 und 10 Groschenstücke, die kaum die Hälfte im Werth und größtentheils ganz unkenntlich sind, von hier gänzlich zu verbannen. Für diese Münze muß man hier 4 pCt. gegen polnisches und von diesen circa 8 pCt. gegen preuß. Courant zahlen, wodurch der große Verlust von 12 pCt. entsteht, dem, wenn auch mit einigen Schwierigkeiten, binnen 14 Tagen dahin abgeholfen werden könnte, daß fortan nur preuß. Geld hier zirkuliren sollte. Dadurch sahen sich aber der größte Theil unserer Beamten, die es nicht verschmähten, den Gehalt, welchen sie in preuß. Gelde erhalten, gegen Agio auf polnisches umzusetzen, und namentlich auch einige mit diesem Gelde sehr einträgliche Geschäfte treibende Kaufleute beeinträchtigt. Eine Anzahl Unsinniger wurde zu Demonstrationen und Katzenmusiken gegen oben genannte Kaufleute verleitet. Einige Abende schon dauerten diese Katzenkonzerte fort, bis Militär einschreiten mußte, da man mit Zertrümmern von Fenstern und Prügeleien begann. Es wurden Einige verhaftet. — Nun dürfte der katzenmusikalischen Kunst, nachdem sie den weiten Weg von Frankreich bis zur russischen Grenze zurückgelegt, nichts anders mehr übrig bleiben, als Paß und Geleit zu nehmen und in das eisige Rußland zu wandern, um sich vor dem großen Czaaren hören zu lassen.

Krieg mit Dänemark.

Altona, 16. Juli. Abermals haben wir die Ankunft von preußischer Reserve, diesmal etwa 200 Mann, zu melden. — Die Zusammenkunft, welche zwischen den beiden Oberfeldherren am Freitage stattgefunden, hat zur Folge gehabt, daß ein militärischer Waffenstillstand bis zum nächsten Dienstage abgeschlossen worden ist. Mit dem Abendzuge ist Herr Schleiden (auf der Weiterreise nach Süden) angekommen. Graf Reventlou-Preetz war von einer Reise ins Hauptquartier nach Rendsburg zurückgekehrt. — Die gestern angekommenen Reserven sind heute früh nach Norden befördert worden. — General v. Neumann, Generaladjutant des Königs von Preußen, ist heute Morgen, von Berlin kommend, von Altona nach Rendsburg abgegangen.

Rendsburg, 15. Juli. In den letzten Tagen haben Reibungen zwischen den hier garnisonirenden preußischen und hannoverschen Truppen stattgehabt, deren Beilegung, ehe sie zu weiteren bedauerlichen Exzessen führen, der Umsicht der militärischen Behörden wohl gelingen wird.

Ganz widersprechend den voranstehenden Nachrichten der Hamburger Blätter melden die Berliner Zeitungen Folgendes: „Die Konferenz, welche am 14. zwischen dem Oberbefehlshaber der Bundestruppen und dem dänischen General Hedemann stattgefunden, hat sieben Stunden gewährt, und zwar von Morgens 10 bis Nachmittags 5 Uhr. Ein Schreiben aus Rendsburg vom 16. Nachmittags 3½ Uhr bringt die Mittheilung, **daß die Friedensbedingungen abgewiesen sind und der Krieg mit Dänemark demnach fortgesetzt wird.**"

Deutschland.

Frankfurt a. M., 17. Juli. [Sitzung der deutschen National-Versammlung am 15. Juli.] Nach Verlesung der (in der gestrigen Bresl. Ztg. mitgetheilten) Urkunden, von denen insbesondere die Proklamation mit Jubel aufgenommen wurde, nahm der Reichs-Minister Heckscher das Wort, um einige Erläuterungen über die Reise zu geben. Es ist nach diesen bereits Vorsorge für einen Stellvertreter des Erzherzogs Johann in Wien getroffen. Reichs-Minister von Schmerling erklärte die Proclamation an das deutsche Volk als das Programm des Ministeriums. Es kann dem Ministerium nicht beifallen, Einfluß auf die Begründung des Verfassungswerkes üben zu wollen. Damit aber die National-Versammlung sich ungestört ihrer Aufgabe widmen könne, muß Deutschland regiert werden; es muß ruhig sein. Das Ministerium wird sich bemühen, den äußeren Frieden zu erhalten; diese Bemühung aber hat ihre Grenzen. Das Ministerium wird nie zugeben, daß die Ehre und Unabhängigkeit Deutschlands bedroht werde durch Gefahren irgend woher. Es wird dann entschiedene Maßregeln empfehlen und unbesorgt um den Ausgang der Empfehlung auf Deutschlands Kraft vertrauen. (Beifall.) — Widenmann erstattete Namens des Gesetzgebungs-Ausschusses Bericht über die in Bezug auf Amnestie der politischen Verbrechen und Vergehen eingegangenen verschiedenen Petitionen, welche theils Empfehlung der gedachten Maßregel bei den Einzelstaaten, theils unmittelbares Aussprechen der Amnestie durch die National-Versammlung beantragen. Der Bericht erörtert, inwiefern die National-Versammlung sich auf diese Anträge einlassen kann. Es handelt sich nicht um allgemeine politische Verbrechen; die betrübenden Vorfälle in Baden waren zunächst auf Baden gerichtet. Die Untersuchung, also auch die Niederschlagung derselben steht dem Staate Baden zu, wie dies auch für andere Staaten bei Verbrechen gegen dieselben, auch wenn sie mittelbar gegen Deutschland gerichtet sind, der Fall wäre. Die National-Versammlung wird sich in die inneren Angelegenheiten nur insofern mischen, als es für die Gesammtheit nothwendig ist, also nur in einem von der Noth gebotenen Ausnahmefalle. Daß dies hier so sei, ist in den Petitionen keinesweges nachgewiesen. Es fehlt auch die zur Beurtheilung nothwendige Uebersicht des Thatbestandes. Die Schilderhebung in Baden kann von doppeltem Standpunkt betrachtet werden, als ein Attentat gegen die konstitutionelle Monarchie in Baden und als Mittel zur Verbreitung der Republik in ganz Deutschland. Baden ist derjenige Staat Deutschlands, in welchem sich die Freiheiten des Volkes am meisten schon früher entwickelten, und wo die Volksrechte am ersten und vollständigsten anerkannt wurden. Ein Aufstand daselbst war auf den Umsturz der neuen, auf Freiheit gegründeten Ordnung gerichtet. Ferner waren zur Zeit des Aufstandes in Baden bereits die Wahlen für die konstituirende Versammlung für ganz Deutschland, welche dessen Verfassung zu begründen hat, angeordnet. Die allgemeine Stimmung konnte nicht unbekannt sein, und man ergriff die Waffen, um eine Verfassung aufzudrängen, von der die Aufständischen wissen konnten, daß sie die überwiegende Mehrzahl nicht will, und um eine Erschütterung hervorzurufen, deren Schwingungen jetzt noch in manchen Theilen fortdauern. Eine Amnestie wäre jetzt, wo die Ordnung noch nicht vollständig hergestellt, die Achtung der Gesetze noch nicht vollständig gesichert ist, nicht am Platze. Dazu kommt noch, daß keiner der Betheiligten selbst um Amnestie gebeten hat. Der Ausschuß ist deshalb bis auf zwei Mitglieder der Ansicht, daß die National-Versammlung keinen Grund habe, auf dem Rechtswege einzugreifen, und daß dieselbe wegen der Petitionen zur motivirten Tagesordnung übergehen soll. — Moritz Mohl verlas einen bereits gedruckten längeren Bericht über einen Antrag Haßler's, den Schutz der Donau-Dampfschleppschifffahrts-Gesellschaft zu Ulm gegen Störung des freien Verkehrs betreffend. Es wurde nunmehr zu den ersten Gegenstand der Tagesordnung, dem Bericht des Ausschusses für Wehr-Angelegenheiten, gegangen. Da in der Sitzung vom 7. Juli die Debatte für geschlossen erklärt worden war, so entstand, da von dem Ausschuß eine Erläuterung *) nachträglich gegeben wurde, die Frage: ob die Diskussion wieder aufgenommen werden solle. Vogt erklärt sich für Wiederaufnahme der Diskussion, zumal jetzt ein verantwortlicher Kriegsminister, dem eigentlich die Sache zu übertragen wäre, zu hören ist. Fürst Lichnowsky ist damit einverstanden. Die Versammlung beschließt die Wiederaufnahme. Es fragt sich nunmehr, ob, da der Kriegsminister nicht anwesend ist, die Verhandlung vertagt werden soll. Blum verlangt Aufschiebung, da man es dem Kriegsminister schuldig sei, seine Vorschläge zu erwarten. von Vincke ist der gleichen Ansicht. von Auerswald verlangt wegen Dringlichkeit, da die Verhältnisse gegen außen seit acht Tagen bedeutend sich geändert haben, die sofortige Berathung. Der Kriegsminister wird wieder erscheinen.

*) Der Ausschuß will in dieser das von vielen Seiten geäußerte Mißverständniß beseitigen, nach welchem in dem Ausschuß-Antrage eine bedenkliche Vermehrung des eigentlichen stehenden Heeres gefunden wird, welche überdies den einzelnen Staaten eine übergroße, für jetzt nicht erschwingliche Geldausgabe ohne unabweisliche Nothwendigkeit des Opfers auflegen würde. Es ist von einer permanenten Vermehrung des Heeres überhaupt nicht die Rede, sondern nur von einer augenblicklichen Vermehrung der disponiblen Truppen. Noch weniger ist eine Vermehrung des eigentlich stehenden Heeres beabsichtigt. Die verlangte Vermehrung des Kontingents könnte, wo schon Landwehr besteht, durch deren Vermehrung erfolgen. Wo bis jetzt das Landwehrsystem nicht besteht, wird allerdings neue Aushebung nöthig werden. Es soll aber für jetzt das erhöhte Kontingent gar nicht vollständig bei der Fahne versammelsein, und es würde in diesen Staaten vorläufig für dit Rekruten eine eben so große Zahl bereits geübtee Mannschaft beurlaubt werden können. Die Mehrausrgabe beträfe also die Kosten für Bekleidung und Ausrüstung. Die bedeutendste Ausgabe, diejenige für Sold- und Verpflegung, tritt erst ein, wenn bei näherer Kriegsgefahr die Mobilmachung erfolgen muß, also wo die Rücksicht auf die Ehre und Integrität Deutschlands alles Andere überwiegt.

Römer ist für sofortige Verhandlung. Es wäre ein Eingriff in das Recht der Initiative der Versammlung, wenn sie aus dem angegebenen Grunde warten wollte. Die Versammlung beschließt sofortige Fortsetzung. Der Präsident verliest eine von Itzstein übergebene Petition gegen den Ausschuß-Antrag. Vogt verlangt, daß der Kriegsminister zu erscheinen eingeladen werde. Die Versammlung geht auf den Antrag ein. (Nach einer späteren Mittheilung des Präsidenten hat der Kriegsminister nicht aufgefunden werden können.) v. Auerswald giebt weitere Zusätze zu der erwähnten Erläuterung und geht auf die neuliche Entwickelung des Abgeordneten von Radowitz, welcher einen Heeres-Bestand von nur 700,000 Mann fordert, ein. Es ist dabei nicht auf die Kosaken in Rußland und auf die mobilen Bataillone in Frankreich, durch welche die Linie im Innern entbehrlich wird, Rücksicht genommen. Die Verhältnisse haben sich in neuerer Zeit geändert. Die russische Armee steht parallel der deutschen Grenze gegen den Süden; die Verwickelungen in den Donau-Fürstenthümern sind im Zunehmen. Der Ausschuß beantragt nunmehe: Die Nationalversammlung beschließt, den Bericht des Ausschusses für Wehrangelegenheiten vom 1. Juli und den Zusatz dazu vom 7. Juli der provisorischen Centralgewalt zu überweisen und diese zu ermächtigen, die in jenem Berichte und dem bemerkten Zusatze beantragte Vermehrung der deutschen Streitkräfte nach dem Satze von zwei Prozent der jetzigen Bevölkerung in Ausführung zu bringen. Vom Präsidenten wurde eine nicht unbedeutende Anzahl von Anträgen, zum großen Theil auf motivirte Tagesordnung gehend, verlesen. Reh von Darmstadt: Deutschland, auf zwei Seiten an mächtige Nachbarn gränzend, bedarf einer größeren Wehrhaftigkeit als diese, welche beide zum Theil ihre Grenzen an sich geschützt haben. Die Veranlassung des Beschlusses, welcher voraussichtlich Widerwille hervorrufen wird, darf man nicht dem Reichsverweser aufbürden. (Beifall.) Hagen von Heidelberg ist gegen den Ausschuß-Antrag. Es ist allerdings eine größere Kampfrüstung nothwendig, aber auf dem Wege der Volksbewaffnung. Es mnß auch eine militärische Einheit unter dem Reichsverweser hergestellt werden und dann ist Deutschland mächtiger dadurch, als durch die Heeresvermehrung. Der Präsident verliest einen Zusatz-Antrag von Riesser aus Hamburg, daß bei der beabsichtigten Aushebung ohne Berücksichtigung der bisherigen Exemptionen und Privilegien verfahren werden solle; sodann einen Zusatz-Antrag Wernher's von Nierstein, daß bei der Ausrüstung der neu aufzufordernden Mannschaft aller militärische Prunk fallen und die Einfachheit der künftigen Bürgerwehr stattfinden soll, zu der die Versammlung die beschlossene Maßregel nur als einen Uebergang betrachtet. von Radowitz geht auf die Einwände ein, daß die bei dem Volke unbeliebte Vermehrung der stehenden Heere zu kostspielig und ohne nachgewiesene Bedürfnisse sei. Die Mehrkosten werden, wie bereits erwähnt, nicht so bedeutend sein, da nicht das ganze Heer stets präsent gehalten werden soll. Es handelt sich nur um ein Landwehr-System, welches Preußen bereits einmal gerettet hat. In den deutschen Staaten treffen an Kosten für das Militärwesen $1\frac{1}{2}$ Rtl. auf den Kopf, in dem republikanischen Frankreich $2\frac{1}{2}$ Rtl. Man verlangt die aufzuwendenden Summen für Hebung der Industrie; aber man vergißt, daß die Industrie nur bei innerer und äußerer Sicherheit bestehen kann. Man sagt, daß Frankreich zur Freundschaft bereit sei. Betrachten wir die Frage objektiv ohne Sympathie und Antipathie. Das Verlangen nach dem linken Rheinufer bildet eine unübersteigliche Schranke. Jeder Franzose, jede Partei wächst mit der Ansicht auf, daß das linke Rheinufer zu Frankreich gehöre und durch Gewalt u. Mißbrauch abgerissen worden sei. Keine Regierung kann lange bestehen, ohne jenes Gelüste zu berücksichtigen. Ludwig Philipp würde nicht gestürzt worden sein, wenn er (nach dem Rathe seines Sohnes) den Kampf begonnen und glücklich geendet hätte. Selbst der friedliche Lamartine erklärte sich für nicht gebunden an die Verträge von 1815. Die jetzige Regierung erklärt, keine Länder-Vermehrung ohne Compensation für Frankreich zu gestatten, und dies war nicht blos für Sardinien gemeint. Die sociale Frage in Frankreich kann man vielleicht auch durch einen Krieg lösen wollen. Vischer von Tübingen macht darauf aufmerksam, daß eine Aushebung, wie sie der Ausschußantrag vorschlägt, an vielen Orten als ein Eingriff in die Hütte, als eine Losreißung vom Heerde wird betrachtet werden. Wer die Volksbewaffnung verlangt, will nicht blos anarchische Haufen, sondern daß dieselbe dem bisherign vernachlässigten anarchischen Zustande entrissen werde. Man soll vor Allem einen Umriß guter Volksbewaffnung geben, und sodann vorläufig das erste Aufgebot einüben und bereit stellen. Was die Kosten angeht, so können bei einem gewissen Steuerbetrag die Kosten der Bewaffnung von dem Wehrmann selbst bestritten werden. Der Ausschuß wird den Entwurf, mit dem er sich nach seiner Versicherung schon beschäftigt, bald vorlegen können. Der Redner beantragt, daß von dem Ausschuß ein auf Volksbewaffnung gegründetes Wehrgesetz vorgelegt und angenommen und dann die Centralgewalt mit sofortiger Bildung des ersten Banners beauftragt werde. v. Stavenhagen findet als Ursache des Widerspruchs gegen den Ausschuß-Antrag, daß die Dringlichkeit noch zu wenig anerkannt ist. Die Dringlichkeit ergiebt sich schon bei einem Blicke auf die deutsch-russische Grenze. In Frankreich hat man sich nicht gegen das stehende Heer erklärt. Es ist gesagt worden, das stehende Heer sei nur in einer Republik nicht gefährlich. Aber was Napoleon that, kann sich jeden Augenblick wiederholen. (Von der linken Seite Gelächter: Allerdings, das ist es eben!) Der Redner bemerkt, daß er dies vom Standpunkte Frankreichs aus bemerke. In Frankreich weiß man, daß man von der Freiheit etwas aufopfern müßte, wenn es gilt, die Ehre und Integrität des Vaterlandes zu erhalten. In Deutschland scheint es, daß es Leute giebt, welche die Integrität des Vaterlandes ihren eigenen Phantasien aufopfern würden. (Beifall und Zischen.) Leue ist für Verweisung der Sache an den Reichsverweser und gegen jede Vermehrung des stehenden Heeres. Ein Krieg von Frankreich droht nicht; auch die in der jetzigen Regierung befindlichen Generale haben erklärt, die Freiheit anderer Völker achten zu wollen. Ein Kriegsfall wird nur eintreten, wenn diese anderwärts unterdrückt würde. Das Gelüste nach der Rheingrenze ist aufgegeben, nachdem die Franzosen gehört haben, daß die Rheinländer sich die Freiheit selbst erkämpfen und Deutsche bleiben wollen. Der Kaiser von Rußland wird keinen Krieg beginnen, obschon es gefährlich ist für ein absolut beherrschtes Land, ein freies Volk neben sich zu haben. Aber selbst die Berührung im Kriege würde freie Ideen zurückbringen, und Rußland hält seine Grenzen gegen solche Ideen möglichst versperrt. Der Volkswille in Deutschland ist überall gegen stehende Heere und noch mehr gegen die Vermehrung, da dem Volke Verminderung zugesichert worden ist. Die Nationalversammlung soll den Volkswillen achten, auf dem ihr Ansehen beruht. (Beifall.) Fürst Lichnowsky: Die Angriffe gegen den Antrag betreffen den Kostenpunkt, sodann die Frage der Zweckmäßigkeit und Nützlichkeit. Gegen letzteres hat man eine Reihe von Rednern gehört. Bei der Unterstützung, die man von Ungarn erwartet, und doch nur gegen Rußland in Rechnung bringen kann, soll man bedenken, daß im Süden von Ungarn slavische Stämme wohnen, durch welche Rußland Ungarn hinreichend beschäftigen wird. Man hat auf das Bündniß mit Frankreich hingewiesen; ich glaube nicht, daß wir mit dem Händedruck, den wir erwiedern sollen, die 300 Bataillone auflösen werden. (Gelächter auf der rechten Seite.) In Frankreich denkt gewiß jetzt Niemand an einen zweiten Kongreß von Pillnitz, und doch wird armirt. Glaubt man, daß fünf junge, sieggewohnte Generale, welche an der Spitze einer siegreichen Armee stehen, sich so leicht alle Kriegsgelüste vergehen lassen werden? Es wird sich zeigen, ob der Diktator nach dem gewöhnl. Lauf der Geschichte als militär. Diktator fortfahren oder als Cincinnatus zurücktreten wird. Rußland will allerdings den Krieg nicht, aber zwischen ihm und Deutschland liegt ein Zankapfel, den Alle kennen. Wenn die Reorganisation von Posen genehmigt wird und in dem reorganisirten Theile ein Heerd der Propaganda sich bilden wird, wird und kann Rußland ruhig zusehen, bis die Polen in Riga stehen? Und, werden sie zurückgeschlagen, wo ist dann die Gränze des Vorrückens für die Russen. An eine Abschaffung der stehenden Heere ist nicht zu denken. Die Kosten für die Armirung sind nicht zu vermeiden; es fragt sich nur, ob sie jetzt oder später, vielleicht zu spät, aufgewendet werden sollen. (Beifall.) Wedemeyer ist für den Kommissionsantrag. Schulz von Darmstadt entwickelt seinen neulich gestellten, jetzt modifizirten Antrag. Dieser geht dahin, daß eine Volkswehr von 400,000 Mann, und zwar erstens aus den zum Kriegsdienst tauglichen Freiwilligen, 2) aus dem Aufgebote der Altersklassen, und erforderlichenfalls bis zum achtzehnten Jahre zurück, gebildet werde. Es wurde nunmehr auf immer lauteres Verlangen Schluß der Verhandlung beschlossen. Zimmermann von Stuttgart und Wesendonck verlangen namentliche Abstimmung in Bezug auf den Kommissions-Antrag. Es wurde hierauf zur Abstimmung geschritten, bei welcher die Anträge von Wiesner, Vogt, Vischer 2c., welche auf motivirte Tagesordnung oder auf Verweisung an die Centralgewalt gehen, abgelehnt, dagegen der Ausschuß-Antrag bei 453 Stimmenden mit 303 Stimmen gegen 149 Stimmen angenommen wurde. Jordan von Berlin erklärte sich der Abstimmung enthalten zu müssen. Ferner wurden die Anträge von Riesser und Wernher von Nierstein fast einstimmig angenommen. Schluß der Sitzung $3\frac{1}{4}$ Uhr; nächste Sitzung den 17. Vormittags 9 Uhr; Tagesordnung: Fortsetzung der Berathung über die Grundrechte (O. P. A. Z.)

München, 14. Juli. [Umtriebe unter dem Militär.] Seit einiger Zeit schon suchte man in der Pfalz, in Mannheim u. a. O. auch die baierischen Soldaten durch revolutionäre Aufrufe zum Abfall, zum Eidbruche zu verleiten, und als die Soldaten sich weigerten, ferner derlei Schriften anzunehmen, wußte man dieselben heimlich in ihre Patrontaschen zu praktiziren. Die braven Soldaten aber übergaben diese Pamphlete einfach ihren Offizieren. Nun scheint auch hier in München etwas Derartiges im Werke zu sein. Man hat Abdrücke eines lithographirten Pamphlets auf der Straße gefunden, überschrieben: „deutscher Soldaten-Katechismus," welches an cynischer Gemeinheit der Sprache Alles übertrifft, was noch dieser Art uns vorgekommen ist. (N. M. Z.)

Stuttgart, 15. Juli. Die neueste Nummer des Regierungsblattes enthält ein königliches Dekret, das Verbot des demokratischen Vereins in Stuttgart betreffend.

Wiesbaden, 14. Juli. [Unruhen.] Der Aufruhr in den bassenheimischen Dörfern ist von Neuem und heftiger ausgebrochen. Die Bewohner von Schmitten haben in den Wäldern des Grafen 500 Baumstämme abgehauen, weil sie seit 7 Wochen vergeblich auf Antwort vom Grafen warten. Die Arnoldsheimer, Seelenberger und Reifenberger stehen im Begriff, das Verfahren der Schmitter nachzuahmen. Wie den Gemeinden, so giebt auch der edle Graf der nassauischen Regierung auf alle Requisitionen gar keine Antwort. Jetzt ist man genöthigt, Militär in die armen ausgehungerten Ortschaften zu schicken. (F. J.)

Mainz, 14. Juli. [Verhaftung. Unruhen.] Heute Morgen ist durch die Gensd'armerie der Zahnarzt Joseph Gallette verhaftet und in Gewahrsam gebracht worden. Erst gestern Abend noch predigte er im Freien Fürstenmord, wonach er der Republik und den Pariser Insurgenten ein Lebehoch brachte. Zum größten Aerger aller Freunde des Gesetzes mußte man sehen, wie die Gensd'armen bei dieser Gelegenheit von rohen Pöbelhaufen mit Steinwürfen verfolgt wurden. — Heute Morgen um 4 Uhr wurde in Bingen Generalmarsch geschlagen und sogleich 2 Compagnien der dortigen Besatzung nach Gau-Algesheim beordert, wo sehr ernstliche Unruhen ausgebrochen sein sollen. (O.-P.-A.-Z.)

Nürnberg, 16. Juli. Heute Morgen etwas vor 5 Uhr traf der deutsche Reichsverweser, Erzherzog Johann, auf seiner Reise von Frankfurt nach Wien in unserer Stadt ein.

Oesterreich.

ꝟ **Wien**, 18. Juli. [Das Ministerium noch nicht gebildet. Die Eröffnung des Reichstages aufgeschoben. Die französische Fahne. Das geforderte Gelöbniß der Nationalgarde.] Gestern um 4 Uhr Nachmittags langte der Reichsverweser, von Linz kommend, wieder hier an *) und stieg unter dem lauten Jubel des Volkes in der Hofburg ab, wo sich eine große Menschenmenge versammelte, die sich erst dann zerstreute, als sich der Ankömmling am Balkon gezeigt hatte. — Das neue Ministerium ist noch immer nicht ins Leben getreten, so daß sich die Meinung Jener zu bestätigen scheint, welche von Schwierigkeiten und Verschiedenheit der Ansichten sprechen, die hierüber in hohen Regionen herrschen soll. — Die Eröffnung des Reichstages, die am heutigen Tage stattfinden sollte, wurde abermals hinausgeschoben, und zwar aus dem Grunde, weil die böhmischen Abgeordneten bis jetzt nur spärlich eingetroffen sind und diese vorerst abgewartet werden müssen. — Vorgestern überreichten die Studenten Böhm und Bauer, welche in den Märztagen nach Paris geeilt waren, um dort die Sympathien Wiens für die französische Revolution zu verkündigen, die ihnen als Geschenk von den Schülern der Pariser Schulen mitgegebene französische Nationalfahne dem Professor Füster auf der Aula, der eine vortreffliche Rede hielt, in der er bemerkte, daß im Beginn des Jahrhunderts wohl Niemand gedacht hätte, es würde 48 Jahre später ein katholischer Priester in der Wiener Aula die französische Tricolore schwenken. Musik, Gesang und Volksjubel begleiteten die feierliche Scene, die wiederum klar zu Tage stellte, wie der Haß gegen Frankreich ein blos gekünstelter sei und nur ein ungerechter Angriff auf den Rhein die erloschenen Sympathien wieder auffrischen könnte. — Der vom Ober-Kommandanten Pannasch geforderte Handschlag, wodurch sich die Nationalgarde verpflichten soll, während des Reichstages Ruhe und Ordnung um jeden Preis aufrecht zu erhalten, hat eine große Aufregung hervorgerufen und von allen Seiten laufen Erklärungen ein, daß dieser Handschlag verweigert werden wird. Oberst Pannasch hat für diesen Fall mit seiner Abdankung gedroht und soll diese auch bereits heute beim Minister

(Fortsetzung in der Beilage.)

*) Hierdurch so wie durch die amtlichen Berichte der Wiener Zeitung wird die Meldung unseres wiener * Korrespondenten in der gestrigen Zeitung vollkommen bestätigt. Der Reichsverweser legte die Straße von Frankfurt bis Wien in der kurzen Zeit von 42 Stunden zurück. Red.

Mit zwei Beilagen.

Erste Beilage zu № 167 der Breslauer Zeitung.

Donnerstag den 20 Juli 1848.

(Fortsetzung.)

des Innern eingereicht haben; wie es scheint, gehört der Handschlag der Nationalgarde, so wie die Versöhnung des Militärs zu den Garantien, unter denen der Kaiser nach dem Abgang des Erzherzogs Johann hierher zurückkehren will und darum die Beharrlichkeit des Oberkommandanten; doch die Nationalgarde erblickt in der Forderung eine Mißtrauenserklärung und eine willkürliche Beschränkung ihrer Pflichten, zu welchen nicht blos Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung, sondern auch Schutz der Volksrechte gehört.

* **Wien**, 18. Juli. [Die deutsche Fahne, der Artillerie-General und die Nationalgarde.] Gestern überreichte die Nationalgarde den nach Italien abgehenden zwei Artillerie-Kompagnien vor ihrem Abmarsch eine deutsche Fahne. Bekanntlich hat die Artillerie keine Fahnen, und diese Neuerung mißfiel dem längst in seinem Korps als Anhänger des Erzherzogs Ludwig verhaßten Artillerie-General Dittrich dermaßen, daß er aus Mangel an richtigem Takt den Fahnenträger, als die Mannschaft schon abmarschiren wollte, arretiren ließ. Allein die Mannschaft und die herbeigeströmte Nationalgarde ließ es nicht geschehen, und so zog das Detachement ab. General Dittrich aber wurde mit einer Katzenmusik, die sogleich von der anwesenden Menge angestimmt wurde, in seine Kaserne zurück begleitet. — FML. Baron Hrabowsky ist zum Kommandirenden in Ungarn ernannt.

[Kriegsschauplatz.] Nach den neuesten Nachrichten aus Verona v. 14. Juli hatte, nachdem Vormittags eine feindliche Patrouille aufgefangen worden war, der Marschall Abends eine große Rekognoszirung vorgenommen. Man hörte das Geschütz feuern nach allen Seiten und es scheint, daß dies der Anfang der längst beabsichtigten Operationen ist. — Aus dem Hauptquartier des FML. B. Welden, das sich in Montageana befand, hatte man am 15. Abends in Treviso die Nachricht erhalten, daß auch in der Hauptstadt Modena eine Insurrektion ausgebrochen ist, und die räuberischen Croziati von den Einwohnern verjagt wurden. Die kompromittirten Nobili hatten sich größtentheils geflüchtet und eine Deputation der angesehensten Einwohner war in das Hauptquartier des FML. Baron Welden abgegangen, um ihn zu bitten zum Schutz der Stadt schnell vorzurücken. In Ferrara ist voller Aufruhr gegen die Croziati und Freischaaren aller Nationen. Es herrscht die größte Anarchie und die Einwohner haben die italienischen Truppen aus der Stadt vertrieben. Das Elend in ganz Ober-Italien nimmt furchtbar überhand. In Brescia scheinen sich die Anhänger der italienischen Einheit konzentriren zu wollen. Alle vertriebenen Croziati eilen dorthin.

) **Prag**, 17. Juli. [Verhaftungen und Untersuchungen. Briefgeheimniß. Spionirsystem.] Unser Lager auf der Kleinseite wird kleiner und es mahnen nur die hier und da ausgestellten Posten und Pikets an den Belagerungszustand; auf dem Hradschin, der Marienschanze und dem Invalidenhausplatze, wohin sich die Truppen zurückgezogen haben, sieht es desto kriegerischer aus. Die Gefangenen im Schlosse werden vermehrt, einige jedoch sind nach wochenlangem Untersuchungsarreste als unschuldig entlassen worden. Redacteur Havlicek wurde eines Artikels wegen ebenfalls vor das Kriegsgericht gestellt, aber nach einigen Tagen entlassen, da er in fünf Bezirken als Deputirter zum Wiener Reichstage gewählt worden war; ob ein Gleiches mit dem inhaftirten Dr. Brauner, der ebenfalls gewählt worden, stattfinden wird, daran zweifle ich. Es wäre Zeit, daß man, da wir Mündlichkeit und Oeffentlichkeit zugesichert haben, etwas über die Untersuchungen im Schlosse veröffentlichte, aber man schiebt es immer unter dem Vorwande hinaus: man würde durch eine Veröffentlichung die feinen Fäden der Verschwörung verlieren. Nun diese Akten werden nach dem guten alten Systeme zu einem Berge anwachsen, der höchst wahrscheinlich ein Mäuschen gebären wird. Mehrere Maßregeln wurden ergriffen, ohne daß wir einen Grund dafür wissen oder einen Zweck; so stehen seit einigen Tagen die Kavalerie-Eskadronen Tag und Nacht in Bereitschaft, das Thor der Bergveste Wischrad ist verrammelt, das Militair darf ohne Passirschein die Brücke nicht passiren, welche die Kleinseite mit der Altstadt verbindet, mehrere Grenadier-Unteroffiziere, von denen man wußte, daß sie mit dem Civil, besonders mit Studenten, früher vertraulichen Umgang hatten, wurden zur Infanterie versetzt und nach Italien abgeschickt. — Ein Dr. Ammerling, den man mit in die Verschwörung stark verwickelt hielt, ist bereits entlassen, dagegen Dr. jur. Fritsch, ein allgemein geachteter Mann, eingezogen worden; der Schriftsteller Mikowetz, Juris-Kand. Sladkowsky, Schriftsteller Miksjcek und Dr. Kampelik werden mit Steckbriefen verfolgt; die beiden Erstern sitzen ruhig in Wien. — Wie es mit Bewahrung des Briefgeheimnisses steht, mag folgende Thatsache zeigen, welche ich so eben aus guter Quelle erfahre. Einem einfachen Handwerker, der vor einiger Zeit einen Brief aufgab, wurde derselbe vom Postbeamten auf dem Bureau erbrochen, gelesen und vor seinen Augen wieder versiegelt; nachdem man ihn befragt hatte, warum er sich des Ausdruckes: „es sei gefährlich, Alles zu schreiben" bedient habe und was er habe schreiben wollen. — Sogenannte Spitzel, d. h. Angeber und Spionirer, giebt es jetzt in Masse und man hütet sich jetzt noch mehr ein freies Wort zu sprechen, als früher; dies ist natürlich. Früher erhielt man höchstens eine Note im schwarzen Buche, jetzt aber wird man vor's Kriegsgericht gestellt, wo man im gelindesten Falle einige Tage ohne Verhör im Arreste zubringen kann. So wurde neulich ein junger Mann Namens Fritsch wegen Namenähnlichkeit mit dem czechischen Studenten Fryc, der wohlbehalten in Agram sitzt, trotz aller Wiederlegung des Irrthums arretirt und 13 Tage ohne Verhör im Gefängnisse gelassen; beim ersten Verhöre wurde er nach einer Viertelstunde als ganz unschuldig, blos in Folge eines „Mißverständnisses" verhaftet, entlassen.

Tarnopol, 12. Juli. [Neue Flüchtlinge.] Am Gestrigen wurden beim Gränzdorfe Roszlak, Tarnopoler Kreises, 7 aus Rußland herüber gekommene junge Leute (Polen) angehalten, die sich ohne geringste Gegenwehr der Finanzwache respektive der österreichischen Regierung ergaben. Sie waren alle zu Pferd, mit einem Säbel, Dopelflinte und einem Paar Pistolen jeder versehen. Ihre Zwecke scheinen nicht friedlich gewesen zu sein; 23 andere sind von der österreichischen Grenze nach Rußland zurückgekehrt. Wenn es sich bestätiget, daß auch in Zaleszayk und Pazezow ähnliche Leute die Grenze überschritten, so will es scheinen, daß es auf eine abermalige, gewaltsame Polenherstellung abgesehen war. (Oesterr. Z.)

* [Die Militär-Aushebungen] im Oesterreichischen scheinen die polnischen Theile des Reiches in nicht geringe Aufregung zu versetzen. Die „Jutrzenka" schreibt aus Krakau: Wir beeilen uns eine für die Ruhe der Stadt und des Kreises äußerst wichtige Nachricht zur öffentlichen Kenntniß zu bringen. Wir können nämlich unsere Mitbürger versichern, daß die Militär-Aushebung gegenwärtig bei uns nicht statthaben wird. Wir sind glücklich, daß dieser gefährliche Schritt, der sehr stürmische Folgen nach sich hätte ziehen können, gar nicht zur Ausführung kommt. — Anderseits bringt dasselbe Blatt einen Aufruf der „Rada Narodowa" aus Lemberg, der an alle Bürger dieser Stadt gerichtet, sich in folgender Weise über die Rekrutirung ausläßt: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit! Das Wohl des Landes verlangt gegenwärtig vor Allem Ordnung und Ruhe. In dieser Erkenntniß wird die ganze Nation immer stärker, denn sie erlangt immer festere Ueberzeugungen. Gegen die nicht in der Art, wie es die Konstitution vorschreibt, anbefohlene Rekrutirung, hat die „Rada Narodowa" auf legalem Wege protestirt, und unsere Deputirten werden sich auf dem Reichstage gewiß unserer Rechte erinnern; allein in diesem Augenblicke ist Nichts so wichtig, als das Erhalten der Ruhe, denn davon hängt unser ganzes Sein ab. — Eine Störung der öffentlichen Ruhe können nur unsere Feinde wünschen; jeder rechtliche Bürger aber muß lieber die größten persönlichen Opfer bringen, als sich den Einflüsterungen heimlicher Feinde hingeben, und die ganze Nation der Gefahr preisgeben. — Wer daher zu einem bewaffneten Widerstand aufruft oder an einem solchen Theil nimmt, wird ein Verräther am Vaterlande."

Wersecz, 7. Juli. [Gräuelthaten der Insurgenten.] Diese Zeilen schreibe ich in größter Aufregung. Die ganze Stadt steht unter Waffen. Eine Stunde von Wersecs sind die Plünderer, an der äußersten Grenze unseres Komitats, in Wajkowecz eingebrochen, den Notar Johann Szygeti nahmen sie gebunden mit sich, wohin? weiß der Allmächtige! Den Gastwirth nebst Gattin haben sie unbarmherzig tödtlich geschlagen. Den Grundherrn Masonyi haben sie ausgeplündert und sein unmobiles Vermögen verwüstet. Dasselbe Loos traf auch dessen Beamte, die nur, um das nackte Leben zu retten, sich hierher flüchteten. Einige Magyaren in dem Orte Podbozany nahmen sie auch gebunden mit sich. Der Regierungs-Kommissär befindet sich bei uns und sucht die mit der Verzweiflung kämpfenden hiesigen Deutschen zu ermuthigen. So eben bricht eine Abtheilung Husaren und eine Abtheilung Nationalgarden gegen Wajkowecz auf, um die Rebellen anzugreifen. Was aus uns bis morgen früh wird, das wissen die Götter. — Gestern Nachmittag kamen Couriere zum Regierungskommissar aus Neu-Moldau, Szaszka und Oravizs, drei Bergstädte; von allen Seiten brachten sie niederschlagende Nachrichten. — Unsere Militärmacht, wenn es wahr ist, daß sie bei Alibunar 6000 Mann stark sei, ist viel zu gering. Kanonen haben wir gar nicht, und doch wissen wir bestimmt, daß die Rebellen, wenn nicht mehr, wenigstens drei Kanonen besitzen, welche sie in Weißkirchen mit Gewalt genommen haben*).

Donau-Fürstenthümer.

Bukarest, 2. Juli. [Gegenrevolution. Eine neue Jungfrau von Orleans. Die russische Diplomatie erleidet eine Niederlage.] Gestern um 12½ Uhr Mittags ist hier eine blutige Gegenrevolution ausgebrochen, die aber glücklicherweise diesmal vom Volke selbst unterdrückt worden ist. Odobesku, gewesener Chef der Landesmiliz, und Solomon, Oberster des 3. Infanterieregiments, stürzten mit 400 der entschlossensten Soldaten, welche gehörig mit Branntwein betäubt waren, auf die versammelten Mitglieder der Regierung, um sie gefangen zu nehmen. Aber in demselben Augenblick versammelte sich das Volk — größtentheils unbewaffnet — und suchte die Reihen des Militärs zu durchbrechen, was nicht gleich gelungen ist. Magieru, einer von den Männern der Regierung, bahnte sich mit dem Säbel in der Faust einen Weg in die untere Abtheilung des Gebäudes, entriß einem Soldaten die Muskete aus den Händen und streckte auf seinem Wege mehrere zu Boden und erreichte glücklich ein Zimmer, welches er sogleich verbarrikadirte. Ein anderer junger Mann riß auch einem Soldaten die Muskete aus den Händen, worauf Oberst Solomon Feuer kommandirte und 3 Salven geben ließ. Sieben Menschen fanden dadurch ihr Grab, viele wurden verwundet. — Das Volk wurde wüthend, mußte sich aber, da es keine Waffen hatte, zurückziehen. Viele ließen den Muth sinken und zweifelten an der Sache des souveränen Volkes und fürchteten den Untergang der erst vor wenigen Tagen errungenen Freiheit, Andere, muthigere machten sich augenblicklich daran, Barrikaden zu bauen, um so den ungleichen Kampf fortzusetzen. Die Verzweiflung hatte schon einen hohen Grad erreicht, da stürzte wie aus den Wolken herunter eine Heldin von Podul Mogoschai mit zwei Pistolen in den Händen und rief aus allen Kräften: „Tod den Verräthern! Ihr jungen Männer fasset Muth und rettet die Freiheit!" Die Worte dieser jungen Heldin, welche die Gattin eines Beamten ist und sich Anna Ipatescu nennt — electrisirten die Masse; es wird gegen das Militär angestürmt und dasselbe gezwungen, sich eiligst in die alte Kaserne zurückziehen. Odobesku wurde gefangen; Solomon rettete sich mit den Soldaten, aber nur auf kurze Zeit. Das Volk rückte im Sturmschritt nach und war entschlossen alles auf das Spiel zu setzen, um die Kaserne zu nehmen. Glücklicherweise aber ging die Sache friedlicher von Statten. Das Militär erklärte, daß es nicht mehr auf seine Brüder schießen werde und daß man es auch früher nur durch Betrug dazu gebracht hätte. Solomon fiel in die Hände des Volkes, und er wäre erbarmungslos zerfleischt worden, wenn nicht die Jugend ihn in ihre Mitte genommen und beschützt hätte! Solomon wollte flüchten, ward aber von der National-Garde an der Barriere ergriffen und festgesetzt. Odobesku erklärte gleich bei seiner Gefangennehmung, daß er den Handstreich gegen die errungene Freiheit im Auftrage Rußlands übernommen hätte. Duhamel, der bekannte russische Kommissar in den Fürstenthümern, soll vor seiner Abreise den beiden Verräthern an ihrem Vaterlande den Eid abgenommen haben, so vorzugehen, als sie es auch wirklich gethan haben. — Was wird nun die beschämte russische Diplomatie thun?! — Der General Kotzebue war einstweilen nur nach Fockschan gegangen, um von dortaus die Gegenrevolution in Bukarest zu leiten. Diesmal ist der schlaue Diplomat aber geschlagen! Die Walachen haben sich als wahre Patrioten gezeigt, und ich glaube, daß sie den Verdacht der Russomanie durch ihr Blut rein abgewaschen haben! (Oesterr. Ztg.)

Frankreich.

Paris, 15. Juli. [Nationalversammlung. Sitzung vom 14. Juli. Nachtrag.] Nach einer langen unerquicklichen Debatte über Begünstigung der Arbeiter-Associationen bei Staatslieferungen nahm die Versammlung anstatt des vorliegenden von der Kommission weitläuftig ausgearbeiteten Gesetzentwurfes ein kurzes Amendement Besnards an, welches die näheren Bestimmungen dem Ministerium überläßt. Ein Zusatz-Artikel ward der Commission

*) S. hierüber das Weitere in dem Artikel §§ Pesth, 15. Juli der gestr. Bresl. Ztg. Red.

überwiesen. — Der Finanz-Minister Goudchaux, von Duclerc interpellirt, erklärte, daß er die Pläne, die Eisenbahnen und Assecuranzen durch den Staat ankaufen zu lassen, ganz aufgegeben habe.

[Sitzung vom 15. Juli. Der Präsident Marie eröffnet die Sitzung um 2 ½ Uhr. Berathung über den von Flocon vorgeschlagenen Zusatz-Artikel zu dem gestern votirten Gesetze über die Arbeiter-Associationen. Der Berichterstatter der Commission, an die dieser Artikel zurückgeschickt worden, meldet, daß über diesen Zusatz-Artikel zwei Amendements vorliegen, über die sich nun eine lange, interesselose und sehr verworrene Debatte entspinnt. Endlich wird das Amendement Flocons verworfen und das Ganze des Decrets angenommen. Auf Antrag des Herrn Donatien Marquis beschließt die Versammlung, daß die Bureaux ihre Arbeiten in der Art zu beschleunigen und zu beendigen haben, daß die öffentliche Diskussion der Constitution zu Ende dieses Monats Juli beginnen könne. — Hierauf folgt die Diskussion des Gesetzes über die Vereinbarkeit einer besoldeten Civilanstellung mit Militär-Pension. Es liegen acht Amendements vor. Bei Postschluß spricht General Oudinot für den Antrag der Commission.

[Bureau's.] Die Abtheilungen haben gestern den Vorschlag des Herrn Jules Favre: die Privat-Domainen Ludwig Philipps für Staats-Eigenthum zu erklären, geprüft. Thiers bekämpfte diesen Vorschlag auf das Entschiedenste. Indem er sich offen für die Republik und das Recht der Nation erklärte, ihre Regierung einzusetzen, abzusetzen und die Regierungsform zu ändern, sprach er zugleich die feste Hoffnung aus, die Republik werde sich keine Handlung zu Schulden kommen lassen, die, welchen Vorwand man ihr auch geben möge, von der Geschichte als eine Ungerechtigkeit und als ein Raub geschildert werden würde.

[Ruhe in Paris.] Der gefürchtete 14. Juli ist ohne die mindeste Störung vorübergegangen. Die Behörde hatte alle Anstalten getroffen, um jeder Unordnung kräftig entgegen zu treten, aber von allen diesen Maßregeln war äußerlich nichts sichtbar und jede Truppen-Aufstellung oder andere derartige Demonstrationen, welche meist die Besorgnisse erhöhen, statt zu vermindern, war sorgfältig vermieden. Eine Proklamation, die im Laufe des Tages überall angeschlagen ward, machte, ihrer anständigen und freimüthigen Sprache halber, den besten Eindruck.

[Vermischtes.] Das Droit zeigt an, daß ein im Fort Ivry gefangener Deutscher angeklagt ist, einem Dragoner, der in die Gewalt der Insurgenten gefallen war, beide Hände abgehackt zu haben. Mehrere Soldaten der mobilen Garde beschuldigen ihn auf das Bestimmteste dieser That. Er antwortet stets, man könne ihm nicht beweisen, daß er das gethan habe. — Die Anzaht der Gefangenen beträgt jetzt 17,000.

Großbritannien.

London, 14. Juli. [Erklärung des Ministeriums in Bezug auf den Waffenstillstand zwischen Deutschland und Dänemark.] Auf eine von dem Vorsitzer von Lloyds am 12. d. M. an Lord Palmerston gerichtete Anfrage über den Waffenstillstand zwischen Deutschland und Dänemark, hat Lord Palmerston noch an demselben Tage durch den Unterstaats-Secretair, Hrn. Eddisbury, folgende Antwort ertheilen lassen: „Ministerium des Auswärtigen, den 12. Juli. Mein Herr — Mit Bezug auf Ihr Schreiben vom heutigen Tage bin ich von Lord Palmerston beauftragt, Ihnen mitzutheilen, daß der Entwurf eines Waffenstillstandsvertrags, der in Malmö zwischen den Bevollmächtigten Dänemarks und des deutschen Bundes zu Stande gebracht war, von der preußischen Regierung angenommen worden ist und daß sie dem General Wrangel den Befehl übersandt hat, denselben zu unterzeichnen und ihn provisorisch in volle Kraft treten zu lassen. Es scheint überdies Grund vorhanden, zu hoffen, daß diese Befehle, welche die in dieser Angelegenheit den deutschen Bund vertretende preußische Regiernng abgesandt hat, von dem Frankfurter Bundestage nicht werden desavouirt werden. (Unterz.) Eddisbury."

Schweiz.

Bern, 13. Juli. In der heutigen Sitzung der Tagsatzung wurde folgende, durch den königl. baierschen Major v. Liel gestern dem Präsidenten übergebene Note des deutschen Bundestags verlesen:

„An Se. Excellenz den Herrn Präsidenten der eidgenössischen Tagsatzung.

Nach dem zurückgewiesenen Einfalle, welchen Hecker und seine Genossen im April dieses Jahres in das Großherzogthum Baden unternahmen, haben sich dieselben theils auf französisches Gebiet, theils in Schweizerkantone längs der badischen Gränze und des Rheines zurückgezogen. Es kann dem hohen Vororte durchaus nicht unbekannt sein, daß Hecker und die bekannten Führer Heinzen, Mögling, Siegel, Resina, Kaiser und Andere, den ihnen in den Kantonen Basel, Schaffhausen und Thurgau gestatteten Aufenthalt nur dazu benutzen, um ihre Freischaaren durch Werbung fortwährend zu verstärken, dieselben förmlich zu organisiren und in Waffen zu üben, fortgesetzt verbrecherische Verbindungen mit den Bewohnern der angrenzenden Bezirke des Großherzogthums Baden zu unterhalten, dahin Druckschriften und zahllose Flugblätter zu verbreiten, welche zur republikanischen Schilderhebung auffordern, und durch alle diese Unternehmungen die Ruhe in den südlichen Theilen des Großherzogthums Baden und des Königreichs Würtemberg fortwährend zu gefährden. Der deutsche Bund, der nach seiner Verfassungsurkunde verpflichtet ist, nicht nur sein Gebiet in jedem einzelnen Theile vor feindlichen Einfällen zu schützen, sondern auch die einzelnen Bürger vor Angriffen gegen ihre Personen und ihr Vermögen kräf ig zu wahren, findet sich daher aufgefordert, diesem Stande der Dinge entschieden entgegenzutreten. Er erkennt zunächst die Entfernung jener, das ihnen gewählte Asyl nur zur Bedrohung benachbarter, der Eidgenossenschaft befreundeter Staaten mißbrauchender Freischaaren von der deutschen Gränze, und ihre Verweisung in entferntere Kantone als eine Maßregel, die entsprechend sein dürfte. Der deutsche Bund beehrt sich daher, an den hohen Vorort das Ersuchen zu stellen, geneigtest mit aller Entschiedenheit darauf zu dringen, daß die betreffenden Kantonalregierungen die vollständige Auflösung und Entwaffnung dieser Freischaaren durchführen, die Führer derselben aber unter allen Umständen aus den Kantonen entfernen, und so dahin wirken, daß das nachbarliche Einverständniß ungetrübt aufrecht erhalten werde. Der deutsche Bund kann dabei bemerken, daß die französische Regierung bereits Maßregeln, wie die oben angedeuteten, größtentheils mit Erfolg durchgeführt hat. Der deutsche Bund erwartet mit Beruhigung, daß seinem gemachten Ansinnen entsprochen werden wird. Er hat in dieser Erwartung sogar den Kommandanten des Truppen-Corps im Großherzogthum Baden ermächtigt, die bisher unmittelbar an der Gränze dislocirten Truppen von derselben zurückzuziehen, und würde sich daher nur mit Bedauern in die Nothwendigkeit versetzt finden, durch die Aufstellung eines verstärkten Truppen-Corps eine neuerliche und enge Besetzung der bedrohten Grenzstrecke zu bewirken, wodurch aber begreiflicher Weise eine Beschränkung des Verkehrs herbeigeführt werden könnte, die gerade den Bewohnern der schweizerischen Kantone empfindlich fallen dürfte. Der deutsche Bund wünscht dringend, daß eine solche Maßregel entbehrlich werde, da er überhaupt von dem lebendigen Verlangen durchdrungen ist, die Gesinnungen der Freundschaft ungetrübt aufrecht zu erhalten, die Deutschland für die schweizerische Eidgenossenschaft hegt. Der königl. baierische Major des Generalstabs v. Liel ist beauftragt, dieses Schreiben persönlich zu überbringen und die zu seiner weitern Begründung dienlichen Erläuterungen zu geben. Frankfurt a. M., 30. Juni 1848." (Unterschriften.)

Der Präsident setzt die Behandlung dieser und der badischen Note auf die Tagesordnung für morgen.

(Basl. Z.)

Lokales und Provinzielles.

* **Breslau**, 19. Juli. [Krawall in der Oder-Vorstadt.] Gestern gegen Abend entstand in der Oder-Vorstadt zwischen den dort beschäftigten Arbeitern und den Bewohnern eines gewissen Theils jener Vorstadt eine so grimmige Prügelei, daß das für die Allarmwache bestimmte Bataillon der Bürgerwehr requirirt werden mußte. Veranlassung zu der Prügelei soll der Angriff einiger jener Vorstädter auf einen Arbeiter-Aufseher gewesen sein, welchen letzteren die Arbeiter in ihren Schutz nahmen.

* **Breslau**, 19. Juli. [Ueber die Bürgerwehr.] Unter diesem Titel ist ein im konstitutionellen Verein zu Marienwerder gehaltener Vortrag erschienen, den wir unsern Mitbürgern hiermit gern anempfehlen. Herr Assessor Wolff, der Verfasser dieses Vortrages, spricht sich darin mit sehr klarem Bewußtsein über die Entstehung und Bedeutung der Bürgerwehr aus. Die Bürgerwehr, sagt er, ist ein Kind jenes Riesengeistes, welcher dem heutigen Europa ein neues Staatsleben eingehaucht hat, ein Kind der französischen Revolution. Der Grundgedanke, der im Jahre 1791 in Frankreich getroffenen Einrichtung der Nationalgarde war der einer gesetzlichen, der Civil-Behörde untergeordneten Volks-Bewaffnung zum Dienste und Schutze der Nation. Wenn nun auch die Bürgerwehr zuerst von den Franzosen eingeführt worden, so sei sie doch darum nicht minder tief in dem echten deutschen Wesen begründet. Der Verfasser weist auf die ältesten deutschen Zustände zurück, wo man die freie Gemeinde als die Grundlage des Staatslebens betrachtete, und wo nur der Wehrhafte ein selbstständiges Gemeindemitglied war. Die gegenwärtige Einführung der Bürgerwehr sei daher nichts weiter, als ein Anfang zur Zurückführung des ursprünglichen deutschen freien Gemeindewesens. Es wirs sodann auf die Rechte und Pflichten der Bürgerwehr hingewiesen und als ihr Wahlspruch die Worte hingestellt: „Für Freiheit und Ordnung, gegen Willkür von Oben und Unten!" — Der Preis des Heftchens ist nur 1 Sgr. und der volle Ertrag ohne Kostenabzug für die deutsche Flotte bestimmt.

Zwangs-Anleihe.

Nachfolgende Bemerkungen über die neue Zwangs-Anleihe sind von dem Verfasser, dessen Tüchtigkeit und Competenz bei Beurtheilung solcher Fragen allgemein anerkannt sind, an einen unserer Abgeordneten in Berlin zur weiteren Benutzung in der National-Versammlung übersendet worden. Referent hielt es für angemessen, die Ansichten des Verfassers über die Zwangs-Anleihe auch dem größeren Publikum mitzutheilen, zumal sie auf Gewerbetreibende und überhaupt auf Nicht-Kapitalisten großen und nachtheiligen Einfluß ausüben wird.

Nach dem unterm 10. d. M. der National-Versammlung vorgelegten Gesetzes-Entwurf wird für di Bedürfnisse des Staates eine Anleihe nach Höhe von 15,000,000 Rthl. im Wege des Zwanges in Anspruch genommen. — Wie die Anleihe projektirt ist, ist sie eine Anleihe aus dem Vermögen — dem Kapital — von ½ bis 2 pCt. und eine Steuer vom Einkommen von 5 bis 20 pCt. — Beides — Kapitalsdarlehn, wie Einkommen-Steuer — sollen später erstattet und bis zur Erstattung mit resp. 5 und 3 ½ pCt. verzinst werden. — In der gegenwärtigen Zeit wird diese Anleihe großen Schwierigkeiten unterliegen, am drückendsten aber in der Aufbringung der Einkommen-Steuer werden. — Ob die Anleihe nicht überhaupt ausgesetzt werden könne, läßt sich ohne Einsicht der Spezial-Etats der Staatsverwaltungen, ja ohne Einsicht in die gegenwärtige Lage dieser Verwaltungen selbst, nicht wohl beantworten. — Der vorgelegte Finanz-Haupt-Etat enthält nur summarische Beträge, deren unabweisliche Nothwendigkeit in der Ausgabe ohne Kenntniß der betreffenden Verwaltungen schwer geprüft werden kann. — Nur einzelne Positionen lassen sich daraus hervorheben. — Wie die Denkschrift zum Anleihe-Gesetz Seite 17 ergiebt, sind unter die Ausgaben des laufenden Jahres gebracht:

1) zur Erweiterung der Geschäfte der Bank in Berlin . . . . 3,000,000 Rtl.
2) zur Errichtung von Disconto-Kassen . . . . 1,000,000 Rtl.
3) zur Aushülfe für die See-handlung . . . . 1,000,000 Rtl.

Ferner in den Finanz-Etat pro 1848 Seite 12,

4) zur Schuldentilgung . . . 2,430,806 Rtl.

und Seite 22 unter 2 bis 8

5) Ad extraordinaria . . . 5,658,873 Rtl.

zusammen 13,089,679 Rtl.

Jede Spezial-Verwaltung hat bereits und muß ihr Extraordinarium haben und es frägt sich daher, in wie weit nicht die zu 5. berechneten 5,658,873 Rtl. speziell für die außerordentlichen Aufwendungen dieses Jahres in Anspruch genommen werden können. — Eine gleiche Frage dringt sich bei der Post zu 4. auf. Die Schuld, welche getilgt werden soll, ist eine unkündbare und zu 3½ pCt. verzinslich; die neue, wenn sie in der freiwilligen Anleihe eingeht, soll vom Jahre 1850 ab abgetragen und mit 5 pCt. verzinst werden. In jedem Falle sind es die Kosten für die Ausfertigung der neuen Schuld-Dokumente über den zu tilgenden Betrag, welche erspart werden können, sofern nicht kontraktliche oder sonstige Verpflichtungen die Amortisation zum unabweislichen Erfordernisse machen. Der Haupt-Etat spricht dies nicht aus. — Die Besorgniß, daß bei Unterlassung der Amortisation der Staats-Kredit leiden werde, läßt sich nicht theilen. Sie würde getheilt werden können, wenn nicht der Amortisation von 2,430,805 Rtl. eine neue Schuld von 15,000,000 Rtl. gegenüberträte. — Der Staats-Kredit möchte aber unbedingt mehr befestigt werden, wenn die neue Schuld nicht gemacht, sondern dem Bedürfnisse durch die Bewirthschaftung unter Zuhülfenahme der Amortisations-Summe genügt werden könnte. — Eine dritte Frage ist: ob die Posten zu 1. bis 3. mit 5,000,000 Rtl. nicht im Verlaufe des Jahres für den Staatsbedarf zurückgezogen werden können. — Lassen sich diese 3 Fragen bejahend beantworten, dann würden nur noch etwa 1,700,000 Rtl. nothwendig, diese auch durch die eingegangenen freiwilligen Beiträge bereits ziemlich gedeckt und mithin eine Zwangsanleihe nicht nothwendig sein. — Eine gründliche Erörterung dieser Fragen scheint der Berathung des Gesetzes daher in jedem Falle vorangehen zu müssen. — Fällt das Resultat wider Erwarten dahin aus, daß die Zwangsanleihe nicht umgangen werden kann, dann dürfte dieselbe doch entweder nur dem Kapital zu entnehmen, oder mindestens das Einkommen dabei nach milderen Prinzipien zu behandeln sein. — Sie nur dem Kapital zu entnehmen, erscheint naturgemäßer, auch eher zu ermöglichen, wenn man den Satz von ½ bis 2 pCt. nach dem Bedarf erhöhen will. — Vom bloßen Einkommen mit 5 bis 20 pCt. ist die Abgabe drückend und gewiß mehrfach nicht zu erschwingen. — Das Einkommen aus einem Gewerbe rc. soll dem Gesetzes-Entwurfe gemäß mit 10 pCt. zu Kapital berechnet und demnächst wie dieses besteuert werden. — Von einem Einkommen von 400 Rtl. wären hiernach 20 Rtl., von 500 Rtl. 25 Rtl., von 600 Rtl. 30 Rtl. u. s. w. zur Anleihe beizutragen. — Diese 20 Rtl. entgehen dem Betheiligten von seinem Einkommen bis zur Erstattung in späteren Jahren ganz, während der Kapitalist sie seinem Kapitale entnimmt und höchstens, wenn er es bis zum Zwange kommen läßt, an Zinsen das einbüßt, was sein Kapital über 3½ pCt. getragen hat. — Wie gering dieser Ausfall, bedarf kaum der Erörterung. — Aber aus diesem Ausfalle kann der Kapitalist begegnen, wenn er seine Rate vor dem Schluß-Termine,

also vor dem 10. August, einzahlt. Er erhält dann 5 pCt. Zinsen. — Dem auf seinen Erwerb, sein Einkommen Angewiesenen wird die Zahlung vor dem Schluß-Termine in der Regel nicht möglich sein; er wird daher nur $3\frac{1}{2}$ pCt. Zinsen und ein dem entsprechendes Papier erhalten, bei einem späteren Verkaufe aber einen Verlust erleiden müssen, welchem der Kapitalist nicht ausgesetzt, oder vermöge seines Kapitals zu entgehen im Stande ist. — Eine weitere Folge des verringerten Einkommens der Kapitalslosen würde aber sein, daß sie sich noch mehr als bisher einschränken müssen, und daß dadurch einer Vermehrung der Arbeitslosigkeit unter den gewerbetreibenden Klassen ein erheblicher Vorschub geleistet wird. — Dies kann eben so wenig, als die verhältnißmäßig stärkere Belastung des Erwerbes gegen das Kapital in den Absichten der Staatsbehörde liegen und wenn mithin der Erwerb von der Anleihe nicht sollte ganz ausgeschlossen werden können, so würde mindestens eine Verringerung der ihm aufzuerlegenden Last eintreten müssen. — Wer da weiß, wie wenig gesichert dem Geschäfts- und Gewerbetreibenden in der jetzigen Zeit sein Einkommen ist, wer da weiß, wie schwer es dem Familienvater werden muß, selbst von einem gesicherten Einkommen von 400 Rtlr. den Betrag von 20 Rtlr. zu entbehren, wird das Bedürfniß einer Erleichterung dieser Klassen nicht bestreiten wollen. — Muß daher das bloße Einkommen einmal mit zur Beisteuer herangezogen werden, so lasse man ein Gewerbs-Einkommen unter 600 Rtlr. ganz frei und ziehe das Einkommen unter 1000 Rtlr. überhaupt mit geringeren Beiträgen an. — Es kann auf die Arbeit nicht ankommen, welche kleinere Apoints von Staatsschuldscheinen etwa verursachen; diese Arbeit steht in keinem Verhältnisse mit dem Kummer, welcher sonst Tausende von Familien treffen würde. — Sollte darnach auch der große Kapitalist, der Empfänger bedeutenderer Renten, mehr als beabsichtigt beizutragen haben, ihn wird dies nicht drücken. Wer 100,000 Kapital besitzt, hat nur nothwendig, 1300 Rtlr. davon in ein 5 prozentiges Papier umzutauschen. Er verliert dabei weder an Rente, noch an Kapital und auch eine Erhöhung seines Prozentsatzes wird ihm mithin nicht drückend werden können. — Eine sachgemäße Umarbeitung des Gesetzes wird Schwierigkeiten nicht unterliegen; eines Gesetzes übrigens: das, wie in der Bestimmung Nr. 4, nach welcher Alles, was Jemand außer dem Mobiliar zum häuslichen Gebrauch besitzt, mit seinem Werthe dem Vermögen beigerechnet werden soll, einer übergroßen Strenge nicht sehr ferne steht. — Die Verhältnisse jedes Einzelnen werden sich natürlich nicht berücksichtigen lassen, es wird aber angehen, die Last im allgemeinen dahin zu legen, wo sie am wenigsten fühlbar wird. — Möchte es indeß gelingen, die Zwangs-Anleihe ganz zu beseitigen und möchte dafür die Regulirung der Steuerverhältnisse durch das ganze Land, sobald es irgend sein kann, erfolgen. — Referent will die große Ungleichheit nicht weiter erörtern, welche bei der Klassensteuer in den Leistungen der Aermeren und denen der Wohlhabenden und großen Besitzer besteht. Diese Ungleichheit ist in der letzteren Zeit vielfach Gegenstand der Erörterung wie der Beschwerde gewesen, und Abhülfe hier zuverlässig zu erwarten. Möchte diese Abhülfe aber auch auf eine Abgabe mit übertragen werden, welche weniger als jene Steuer, bis jetzt einer Besprechung unterlegen hat. Es ist dies die Gewerbesteuer.

Ihr Druck auf den Gewerbestand, die Nothwendigkeit, die Lasten nicht einzelnen Klassen, sondern der Gesammtheit je nach den Kräften des Einzelnen aufzulegen, sprechen mächtig für ihre Abschaffung und Umwandlung in eine andere, die Allgemeinheit treffende Abgabe. — Aus der Nothwendigkeit: die Steuern der Allgemeinheit aufzuerlegen, folgt auch die Nothwendigkeit der Aufhebung der noch bestehenden Exemtionen. — In Beziehung auf die Klassensteuer ist diese Maaßregel in dem Gesetzes-Entwurfe hierüber vom 10. d. Mts. proponirt, bei der Zwangsanleihe sollen Exemtionen nicht weiter gelten, und nur bei den Gemeinde-Abgaben sollen sie noch bestehen bleiben. — Mindestens ist ihre Aufhebung in dieser Beziehung in jenen Gesetzes-Entwürfen übergangen.

Es scheint, daß sie damit gleichzeitig zur Berathung kommen und beschlossen werden müsse. — Wird das Unrecht der Exemtionen bei der königlichen Steuer anerkannt, so kann man dieses Unrecht nicht in den Kommunen bestehen lassen. — Eine Erweiterung des Gesetz-Entwurfes hierüber scheint daher nicht umgangen werden zu können; nicht minder wünschenswerth erscheint sie aber auch bei dem Gesetze wegen des Stempels zu Gesuchen an Administrativ-Behörden. — Mit dem Gesuche geht der Bescheid Hand in Hand und was die Befreiung des Gesuches vom Stempel wünschenswerth macht, macht es auch wünschenswerth, daß der Stempel zum Bescheide erlassen werde. — Die Maaßregel dürfte sonst, und nicht mit Unrecht, als eine halbe bezeichnet werden.

---

† **Liegnitz**, 18. Juli. [Zum Besten der deutschen Flotte.] Gestern in den Abendstunden fand hier im Garten unseres Badehauses eine von unserer Liedertafel veranstaltete große öffentliche Gesangsaufführung statt, deren Ertrag zum Besten einer deutschen Flotte bestimmt worden war. Das Publikum hatte sich trotz der rauhen Witterung ziemlich zahlreich eingefunden, und spendete den unter der Leitung des Musik-Direktor Tschirch ausgeführten Gesängen, namentlich den Solo-Vorträgen eines auswärtigen geschätzten Dilettanten und den von Conrektor Balsam und Lehrer Rüffer gehaltenen Reden vielen Beifall. Bei dem Eintrittspreise von nur $2\frac{1}{2}$ Sgr. sind dennoch nahe an 50 Rthl. für die Flotte eingenommen worden. Es wäre sehr zu wünschen, wenn alle Männergesang-Vereine unserer Provinz dem Beispiele unserer Liedertafel folgten, gewiß würde dadurch eine nicht unbedeutende Summe für diesen schönen Zweck beschafft.

—r— **Glogau**, 18. Juli. [Königl. Geschenk. Schulangelegenheiten. Volksthümlich-konstitutioneller Verein. Freikorps.] Am 14. d. M. ging ein königl. Geschenk an hiesige Schützengilde ein, bestehend in einer ziemlich großen, sehr sauber ausgestatteten Fahne. Die Felder derselben sind blau und gelb (die Stadtfarben), im blauen Felde das preußische, im gelben das Stadtwappen mit der Umschrift: „Der Glogauer Schützengilde 1848.“ Beide Wappen sind höchst sauber gemalt. Wie verlautet, wird die Fahnenweihe eine besondere Feierlichkeit veranlassen. — Die Gründung eines katholischen Zweigvereins, zum Anschluß an den Breslauer Centralverein für religiöse und kirchliche Freiheit ist hier verunglückt. Die belehrenden und ganz zeitgemäßen Ansprachen der Herren v. F. sen. und jun. in der am 10. d. M. anberaumten Versammlung ließen das gesunde Urtheil der Anwesenden die Oberhand gewinnen und mit bedeutender Majorität gegen einen derartigen Verein stimmen. Die geehrten Redner hoben unter Anderem hervor: es stehe zu erwarten, daß dann auch andere Religionsgesellschaften Vereine der Art gründen würden und auf solche Weise der Lösung der großen Zeit- und Lebensfrage „Brüderliche Vereinigung aller Stände und Religionsparteien unseres gemeinsamen deutschen Vaterlanges“ hindernd entgegen getreten werde. Ob es dem Kanzeleifer gelingen wird, doch noch einen derartigen Verein zu Stande zu bringen, muß die nächste Zeit lehren; jedenfalls dürfte die Theilnahme nicht allzugroß sein. — Der volksthümlich-konstitutionelle Klubb entwickelt, namentlich in der jüngsten Zeit, eine rege Thätigkeit. Außerdem daß derselbe die hiesigen Volksversammlungen unter seine Obhut genommen, dergleichen auch in der Umgegend, wie in Priedemost, Quaritz, Klopschen, Köben veranlaßt, durch Deputirte die Kongresse in Leipzig, Breslau, Berlin beschickt, hält derselbe auch jetzt außer den wöchentlichen Mittwoch-Sitzungen außerordentliche an den Sonnabenden. Dieselben finden im Schauspielhause statt und kann von jedem Mitgliede ein Gast eingeführt werden. Gegenstände der Berathung sind eben jetzt: der Verfassungs- und Bürgerwehrgesetzentwurf. Auch ist die freiwillige Bürgerwehr, bis jetzt 100 und einige Mann stark, aus diesem Verein hervorgegangen. Dies freiwillige Korps, welches — bis jetzt noch ohne Waffen — fleißig exerzirt, trägt dunkelblaue Blouse und schwarze, ziemlich hohe Wachsleinwandmütze mit Schild; Blouse und Mütze mit schwarz-roth-gelber Schnur besetzt. — In den der Stadt zunächst gelegenen Ortschaften finden von Zeit zu Zeit Versammlungen der Wahlmänner des Glogauer Kreises statt, durch welche bei umsichtiger Leitung viel Gutes erzielt wird und noch erzielt werden kann. — Dem Vernehmen nach soll unsere Stadt eine neue Festungszierde erhalten, indem die Aufführung von Blockhäusern in Aussicht steht. Mit der Pallisadirung wird eifrigst fortgeschritten, namentlich an den Thoren.

---

* **Brieg**, 17. Juli. [Einweihung des Schulhauses. Demokratischer Verein. Nachricht aus Berlin.] Neulich erhielt das neue Lokal für die fünf Klassen der evangelischen Knabenschule seine Weihe. Das Gebäude liegt innerhalb des Hofes des alten Piastenschlosses, ward früher als Amtslokal für das Inquisitoriat und das vereinigte Steuer- und Stiftsrent-Amt benutzt und dann vom Fiskus gegen den Bauplatz für das neue Inquisitoriat und Zellengefängniß an die Kommune abgetreten. Letztere hat es neu ausgebaut und dadurch Platz zu fünf Schulzimmern und einem Prüfungssaal, nebst Amtswohnung für drei Lehrer gewonnen, welche, wenn auch nicht splendid, doch den Kräften der Stadt angemessen anständig und zweckmäßig eingerichtet, hell, freundlich und geräumig sind. Daß die Einweihung eine ziemlich improvisirte gewesen, indem selbst die Mitglieder der Schulen-Deputation erst am Tage vorher durch mündliche Beschickung dazu aufgefordert worden, diejenigen Väter der Stadt aber, welche mit vieler Liberalität die Kosten dazu bewilligt hatten — wir meinen die Stadtverordneten — gar nicht dazu eingeladen worden sind, hat uns Leid gethan, weil die Feier sich leicht und ohne Kosteen zu iner allgemeinen, Geist und Herz aller Freunde der Jugendbildung ansprechenden hätte machen lassen. — Der hiesige demokratische Verein steigt jetzt im Vertrauen des Publikums, seit man bemerkt zu haben glaubt, daß die Mehrzahl der intelligenten Mitglieder aufhört, sich mit unerfüllbaren Hoffnungen zu schmeicheln, mithin die republikanischen Tendenzen aufgiebt, und redlich für die demokratisch-konstitutionelle Monarchie zu wirken sucht. Wie wir vernehmen, wird hier in Kurzem auch ein patriotischer Verein, als Zweigverein des in Berlin bestehenden gegründet werden, welcher sich die unverletzte Aufrechterhaltung der konstitutionellen Monarchie, so wie aller Rechte und Freiheiten, die dem Volke bereits provisorisch gewährt sind und aller königl. Verheißungen, zum Ziele setzt. — Aus Berlin meldet man uns, daß die neuliche Abstimmung über den Jacobyschen Antrag gewissermaßen doch Kabinetsfrage zu sein scheine, wenn auch nicht öffentlich ausgesprochen. Gattin und Tochter des Premierminister hätten den ganzen Tag hindurch mit gespannter Aufmerksamkeit und der unverkennbarsten Theilnahme auf der Gallerie ausgehalten, bei der Abstimmung mitgezählt und mit jeder Stimme mehr gegen den Antrag eine immer frohere Miene angenommen und wären nach dem Schlusse dem Gatten und Vater in freudigster Aufregung in die Arme geeilt.

Mannigfaltiges.

— (Elbing.) Folgender seltsame Vorfall wird von glaubwürdigen Personen erzählt: Zu einem Bauer in einem Dorfe der Höhe kommen dieser Tage zwei Fremde in sehr ärmlicher Kleidung und bitten ihn, in Gegenwart der zum Mittagsessen versammelten Dienstleute, um Arbeit und Essen; sie wollten schon um ein höchst geringes Lohn arbeiten. Der Bauer erwiedert ihnen, er habe Leute genug zu seiner Arbeit und könne sie nicht annehmen. Auf ihr dringendes Bitten, ihren Hunger zu stillen, läßt er ihnen jedoch zu essen reichen. Kaum aber haben die Fremden die Speise betrachtet, so reißen sie ihre schlechten Kittel auf, unter denen nun eine Art Uniformen mit Ordensbändern zum Vorschein kommen, erklären dem erstaunten Bauer, daß der Eine von ihnen der Prinz von Preußen und der Andere der Großfürst Thronfolger von Rußland sei, und machen jenem nun die bittersten Vorwürfe, wie er seinen Leuten solch schlechtes Essen geben könne. Vergebens entschuldigt sich der entsetzte Bauer damit, daß er keine bessere Nahrungsmittel besitze; er wird auf das Härteste angelassen, und mit der Androhung schwerer Strafe entfernen sich (wie Einige sagen, nachdem sie dem Bauer einiges Geld abgepreßt) die Fremden. Ziemlich auf dieselbe Art führte bald darauf ein Fremder (diesmal aber nur einer) sich bei einem bäuerlichen Besitzer in der Gegend von Stuhm ein; als aber hier derselbe, nachdem er den Kittel aufgerissen, sich ebenfalls für den Prinzen ausgab, rief der Bauer seinen Leuten zu, ihn anzupacken, nahm mit ihnen den fremden Herrn, der sich aufs Schleunigste entfernen wollte, fest und transportirte ihn zum nächsten Gericht. Ueber das Ergebniß der Untersuchung ist bis jetzt noch nichts bekannt geworden. (Elb. Anz.)

— [Ludwig Philipps Vermögen.] Die Quaterly Review enthält Folgendes: Man hat viel von dem Privatvermögen Ludwig Philipps gesprochen, welches er im Auslande untergebracht haben soll. Wir wissen aus guter Quelle, daß er in Amerika 55,000 Dollars placirt hat, die, da er die Zinsen stehen lassen, im Jahre 1847 zu der Summe von 72,000 Dollars aufgelaufen waren. Außerdem besitzt der König in englischen Fonds 10,000 und die Königin Amalia in österreichischen ein Einkommen von circa jährlich 500 Pfd. St., die aus einem Vermächtniß einer Erzherzogin, ihrer Tante, herrühren.

— (**Magdeburg.**) Gestern hielt der „Verein für König und Vaterland“ eine große allgemeine Versammlung im Saale der Stadt London. Es hatten sich etwa 400 Personen dazu eingefunden, fast durchgängig dem hohen Adel angehörig. Am meisten hatte sich, neben unsrer Provinz, Brandenburg betheiligt, doch hörte man auch Namen aus entfernten Gegenden, so Hrn. Wit von Dörring.

— * Aus dem so eben in London erschienenen, sehr gut geschriebenen Reisewerke: Belgium, the Rhine, Switzerland and Holland, an autumnal Tour (2 Bde.) von dem bekannten englischen Schriftsteller J. S. Buckingham, heben wir, da, wie verlautet, Seitens einer Breslauer Verlagshandlung eine Uebersetzung dieses Buches vorbereitet wird, eine interessante Stelle heraus. Einer meiner Führer, erzählt B., Namens Mickell, sprach mit vieler Heiterkeit von einer Französin, die er une demoiselle nannte und ungefähr 40 Jahr alt schätzte, und die vor fünf Jahren nach Chamouny gekommen war, den Montblanc zu ersteigen. Man stellte ihr vor, daß die Schwierigkeiten viel zu groß für eine Dame seien, besonders für sie, die zwar gesund, aber keineswegs stark und kräftig erscheine. Sie bestand indessen darauf, wollte es jedenfalls wagen und miethete vorsichtshalber mehr Führer als üblich. Es war im August, das Wetter

ausgezeichnet günstig, und zugleich mit ihr brachen noch zwei Parteien auf, ein Pole mit fünf und ein Engländer mit sechs Führern. Die Dame hatte acht. Die drei Parteien blieben jede für sich, zuerst der Pole, dann der Engländer, zuletzt die Französin. Ehe diese die Grands Mulets erreicht hatte, wo man anzuhalten und die Nacht, sei es unter freiem Himmel oder einem Zelte zuzubringen pflegt, war sie vor Ermüdung und Schwindel mehre Male ohnmächtig und nur durch Ausruhen und einige Schluck Wein wieder zu sich gebracht worden. Riethen ihr dann die Führer von Fortsetzung des Unternehmens ab, erwiederte sie stets: sie müsse auf den Gipfel! So am nächsten Tage wieder. Als sie aber noch öfter umsank, die Führer ihr vorstellten, daß es ihr Tod sein könne und muthmaßlich sein werde, — sie indessen um jeden Preis, lebend oder todt, den Gipfel erreichen wollte, — so legte man ihr einen Strick um den Leib und rechts und links von zwei Männern gestützt, wurde sie einen großen Theil des Weges buchstäblich hinaufgezogen. Auf dem Gipfel angekommen, brach sie zusammen. Kaum aber hatte sie sich erholt, so forderte sie Wein, trank ein volles Glas auf die Gesundheit des Grafen von Paris und ein zweites auf das Wohl ihrer Führer, ersuchte dann letztere in ein Viereck zusammenzutreten, ließ sich auf ihre Schultern heben, schwenkte ihr Taschentuch und rief nach Möglichkeit laut: — „Vive la belle France!“ — wobei sie rühmend gedachte, daß Solches in demselben Augenblicke — wenigstens in Europa — von keinem höheren Standpunkte aus geschehen sein könne .... Sie kam zwar „aufgelöst von Strapazen“, aber wohlbehalten nach Chamouny zurück.

Inserate.

Stadtverordneten-Versammlung

am 20. Juli Nachmittag 4 Uhr.

Verzeichniß der wichtigsten Gegenstände der Berathung.

1. Verpachtung eines Gewölbes am Rathhause, des Zollhäuschens am Ohlauerthore und des Holzplatzes III. vor dem Ohlauer Thore.
2. Wahl neuer Mitglieder für mehrere permanente Deputationen und der Schiedsmänner für sechs Bezirke.
3. Bewilligung festgesetzter Brandbonifikationen, einiger Zuschüsse zu den Verwaltungskosten, mehrer Etatsüberschreitungen, Pensionen, Remunerationen und Unterstützungen.
4. Abänderungen des § 57 der Stol-Taxe vom 13. November 1840.
5. Erhöhung des Zinsfußes von baar eingezahlten Amtskautionen.
6. Antrag auf Verlegung der Verkaufsstellen um das Standbild Friedrich des Großen.
7. Aussetzung einer Prämie für die Entdeckung böswilliger Brandstifter.
8. Maaßnahmen zur Erreichung einer genügenden Sicherheit für diejenigen, welche die hiesigen Viehmärkte besuchen.

Der Vorsteher Dr. Regenbrecht.

Grünberg, 17. Juli. Es hat auch hier einen recht wehmüthigen Eindruck gemacht, den verehrten greisen Staatsminister Rother zu einer Selbstvertheidigung gegen schmutzige Verdächtigungen gezwungen zu sehen. Wohl hat die Seehandlung unter seiner Leitung mancher Schattenseite nicht entgehen können, doch wieviel überwiegendes Licht macht diesen Schatten leicht vergessen, wie unbegrenzt hoch steht das Verdienst ums Vaterland, das Rother sich erworben. Möge der ausgezeichnete Biedermann nicht glauben, daß dies von irgend Jemanden übersehen wird, dem es vergönnt ist, die Verhältnisse zu begreifen, und den Sinn für Redlichkeit zu bewahren. So hat erst vor kurzem die hiesige provisorische Gewerbe- und Handels-Kammer sich gedrungen gefühlt, selbst bei einem Akte gegen einige frühere Mißgriffe der Seehandlung, die großen Verdienste mit Dank anzuerkennen, welche der frühere Seehandlungs-Dirigent, Herr Minister Rother um die preußische Industrie, namentlich um Schlesien, sich erworben. Schreiber dieses, zu den sehr Vielen gehörend, welche sich dem Herrn Minister aufs Dankbarste verpflichtet fühlen, hatte bald nach den schmutzigen anonymen Angriffen in der Voßischen Zeitung eine kräftige Abwehr solch niedrigen Treibens eingesandt, ward jedoch, auf eine ihm noch heut unerklärliche Weise, trotz offerirter Insertionsgebühren damit zurückgewiesen, „weil sie anonym sei.“ — Daß der Herr Minister jetzt den schweren Schritt der Selbstvertheidigung nicht gescheut hat, um, wie er sagt, dem Glauben an Redlichkeit und Treue auch seiner Seits zu Hülfe zu kommen, ist ein neues hohes Verdienst, was sich derselbe ums Vaterland erwirbt, höher als vielleicht Viele es zu fassen vermögen. Herzlichster Dank sei ihm dafür bezeugt mit dem Trostesworte, wer ein so reiches, herrliches Leben hinter sich hat, der darf für dessen Abend nicht fürchten. Solch ein Lebensabend kann nicht anders, als beseligend sein, selbst wenn Unverstand oder Bosheit seine Ruhe stören wollte.

In der National-Versammlung am 28. Juni zu Berlin unterlegte ein Abgeordneter derselben dem Ministerium eine Interpellation: „Ob dieselbe nun geneigt sein wolle, das Gesetz vom 31. März 1837, betreffend den Gebrauch der Waffen der Forst- und Jagd-Beamten aufzuheben?“

Wir halten es für unsere Pflicht, gegen diesen Antrag im Interesse aller Forstbesitzer, ja der ganzen Nation geradezu zu protestiren und darauf aufmerksam zu machen, wie es nur von höchster Wichtigkeit ist, unsere Forste nicht der Willkür und dem Diebstahl Preis zu geben, sondern vielmehr als unersetzliches Bedürfniß der ganzen Nation auf das wirksamste zu schützen. Es scheint fast unbegreiflich, mit welchem Leichtsinn über so wichtige Nationalbedürfnisse in unseren redseligen Tagen abgeurtheilt wird und nur hoffen läßt es uns, daß einsichtige Männer, denen das wirkliche Wohl der ganzen Nation näher am Herzen liegt als eine blos affektirte Humanität, solchen Anträgen entschieden entgegen treten werden. Traurig ist es, daß in einem so hochgebildeten Staat wie der preußische gegen einzelne Klassen der Bevölkerung zum Schutz des Eigenthums, Waffen gebraucht werden müssen und gewiß jeder gebildete Forstmann würde es mit Freuden anerkennen, wenn er deren gegen seine Mitmenschen zu seiner persönlichen Sicherheit zu gebrauchen nicht genöthigt wäre. In unseren Tagen hat auch der Forstmann so viel Humanität sich erworben, aber auch noch immer nicht das Gefühl verloren für Recht und den Unterschied zwischen Mein und Dein. Warum bewaffnet man eine Bürgerwehr? Gewiß nur um die rohe Gewalt zu zügeln, und ohne Waffen! wäre diese Wehr eine bloße Lächerlichkeit. Warum will man dem Forstmann das Recht versagen? — Soll er allein den Mißhandlungen der Masse bewaffneter Diebe ausgesetzt sein? — Der Herr Abgeordnete möge nur den Schutz des Waldes eine kurze Zeitlang zur Probe übernehmen und als rechtlicher gewissenhafter Mann seiner Pflicht genügen, wir wollen dann fragen, ob seine Humanität noch stichhaltig sein wird??

Wir berufen uns auf die Mitwirkung aller wahren Patrioten, sie mögen sich allen so unglücklichen Anträgen, als wie auch der Veräußerung von Waldflächen zu Ackerland, besonders in holzarmen Kreisen, auf das Entschiedenste widersetzen.

Nimptsch, im Juli 1848.

Der Verein schlesischer Förster und Jäger.
Willich, im Auftrage.

Hannoveraner!

Mit Entrüstung haben wir die Eröffnung vernommen, mit welcher Eure Regierung die Stände entließ. Ganz Deutschland freut sich der von der Nationalversammlung geschaffenen Centralgewalt, des Grundsteines seiner freien und mächtigen Einheit; jubelnd begrüßt es den Reichsverweser, die Hoffnung des Vaterlandes. In solchem Augenblicke tritt Eure Regierung mit einer Erklärung auf, die den Geist feindseligen Mißtrauens und grollenden Verdrusses schlecht verhehlt. Ganz Deutschland, der Fürst wie der Bürger, ist jetzt zu den schwersten Opfern bereit; Eure Regierung aber will für Sonderinteressen und Vorurtheile, welche unsere Zeit siegreich überwunden hat, durch Vorbehalte und Verwahrungen eine neue Barrikade bauen, und während jeder Deutsche seinen Stolz darein setzt, dem gemeinsamen Vaterlande ganz und ungetheilt anzugehören, beleidigt Eure Regierung die Ehre des deutschen Volkes, indem sie der gesetzlichen Machtvollkommenheit der Nationalversammlung die fürstliche Ehre entgegenzusetzen versucht. Ihr Männer von Hannover! als Ihr vor kurzer Zeit schwankende und zweideutige Worte mit Schmerz aus dem Munde eines Mannes vernahmt, den wir Alle unter den Vorkämpfern für Deutschlands Einheit und Freiheit zu sehen hofften, da spracht Ihr aus, daß Euer Wohl und Eure Freiheit nur in der Einheit des gesammten Vaterlandes begründet sei. Auch jetzt werdet Ihr bewähren — in diesem Vertrauen reichen wir Euch die Bruderhand — daß Ihr deutsche Männer seid, daß Ihr als deutsche Männer handeln wollt. Für Euer Thun und Lassen seid Ihr Deutschland verantwortlich. Wohlan denn, muthig und frei erklärt Eurer Regierung im Angesichte der deutschen Nationalversammlung und des deutschen Volkes, daß Euch kein Preis zu hoch und zu theuer ist, um den des Vaterlandes Einheit, Freiheit und Macht gewonnen wird.

Leipzig, den 13. Juli 1848.

Der deutsche Verein, in dessen Auftrage:
Dr. Göschen, Vorsitzender.
A. W. Volkmann, Schriftführer.

Die in ihrer Entstehung begriffene konstitutionelle Monarchie des Vaterlandes scheint den deutlich ausgesprochenen republikanischen Bestrebungen mehrerer demokratischen Vereine freie Entwickelung zu gewähren. Geschieht dies in der Ueberzeugung, daß jene Bestrebungen in dem Volke selbst ihre gerechte Würdigung und den nöthigen Widerstand finden werden, so ist es die Pflicht aller Freunde der konstitutionellen Monarchie, öffentlich das Treiben jener republikanischen Partei zu perhorresciren, damit erkannt werde, welcher politischen Gesinnung die Mehrzahl des Volkes sich zuneigt. Aus diesem Grunde erklärt der unterzeichnete Verein, daß er die in der offenen Antwort des schlesischen konstitutionellen Central- und des vaterländischen Vereins zu Breslau an die Abgeordneten Nees von Esenbeck, Dr. Stein und Brill unterm 5. d. M. ausgesprochenen politischen Ansichten vollständig theilt, und es für wünschenswerth hält, daß auch andere schlesische Vereine von gleicher Gesinnung öffentlich ihre Mißbilligung jener Bestrebungen bekunden, die offenbar keinen anderen Zweck haben, als die Verwirklichung einer Konstitution zu verhindern, um eine Ochlokratie an deren Stelle zu setzen.

Bolkenhain, den 18. Juli 1848.

Der Bolkenhainer Kreis-Verein.

Nachdem in der Sitzung des Comités zur Verständigung der hiesigen Klubbs vom 12. d. M. von Seiten des politischen und von den Vertretern der übrigen demokratischen Vereine ausdrücklich erklärt worden, daß sie republikanische Tendenzen verfolgten, und daß sie eine neue Revolution nicht nur dann für berechtigt halten würden, wenn kein gesetzlicher Weg mehr übrig wäre, um die gekränkte Freiheit des Volkes wiederherzustellen, sondern auch dann schon, wenn sie hoffen könnten, die Verwirklichung des republikanischen Prinzips zu beschleunigen, so habe die Vertreter des konstitutionellen Vereins schon in jener Sitzung vom 12. den Abbruch der versuchsweise begonnenen Verhandlungen in Anregung gebracht, und der Central-Verein hat in seiner öffentlichen Sitzung von Sonnabend den 15. d. den Abbruch förmlich beschlossen, und denselben am 16. d. dem Präsidenten jenes Comités notificirt. Dies zur Erläuterung der gestrigen Erklärung des demokratischen Vereins über sein Zurücktreten von jenen Verhandlungen.

Breslau, den 19. Juli 1848.

Der schles. konstitutionelle Central-Verein.

Die Herren Schneidermeister,

welche weder dem Mittel noch dem Vereine angehören, werden zu einer nochmaligen höchst nothwendigen Handwerksbesprechung auf Montag den 24. d. M. Vormittags 8 Uhr in den Fürsten Blücher vor dem Sandthore mit dem Bemerken eingeladen, ihre Herren Mitmeister auf diese Anzeige aufmerksam zu machen.

Anzeige.

Das **„Evangelische Kirchen- und Schulblatt“**, herausgegeben vom Consistorial-Rath Wachler im Verein mit Professor Dr. Oehler und Diakonus Weiß, erscheint an Stelle des projectirten Ev. Gemeindeblattes als kirchliches Organ der Provinz auch im zweiten Semester d. J. und kann für den Preis von 20 Sgr. durch alle königl. Postämter ohne Preiserhöhung bezogen werden. Alle, welche sich für die kirchlichen Fragen der Gegenwart interessiren, werden gebeten, sich an dem Blatt zu betheiligen, da sein Bestehen nur durch zahlreiche Subscription gesichert werden kann.

Christkatholische Gemeinde.

Sonntag den 23. Juli leitet den Gottesdienst des Morgens um 11 Uhr hierselbst in der Bernhardin-Kirche der Prediger Vogtherr, des Mittags um 3 Uhr in der Armenhauskirche der Prediger Wagner, in Liegnitz der Prediger Hofferichter, in Kreuzburg der Prediger Eichhorn.

T.

Im Verlage von **Brehmer u. Minuth** ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Kurzgefaßte geschichtliche Darstellung des Postwesens in Deutschland, und Entwurf der Grundzüge einer Verfassung der deutschen Posten,

beides als Beitrag zu den Vorschlägen über die zu erwartende Bildung eines gemeinsamen deutschen Postwesens entworfen.

Wohnungs-Anzeige.

Zu Michaelis d. J. eine herrschaftliche Wohnung von 5 Zimmern, Entree, Bedientenstube und Küche nebst Boden und Keller u. s. w. auf einer frequenten Straße, so wie ein schönes Gewölbe, Comptoir, Vorder- und Hinter-Wohnung mit großer Küche, Boden und Keller und sonstige Räumlichkeiten. Das Nähere zu erfragen bei

Ch. Aschmann,
Neumarkt Nr. 1, unten im Gewölbe.

Liebich's Garten,

heute, den 20. Juli, großes

Concert

von der **Breslauer Theater-Kapelle.**

Horn-Konzert

heute Donnerstag im Hanke-Garten vor dem Ohlauer Thore, wozu ergebenst einladet:

Karl Sauer.

Heute den 20. Juli.

Im Schießwerder-Garten

Concert.

Anfang 5 Uhr, später Gesänge, vorgetragen von einem bekannten Gesang-Verein.

Entree der Herr 2½ Sgr., die Dame 1 Sgr.

A. Schwartzer.

Zweite Beilage zu № 167 der Breslauer Zeitung.

Donnerstag den 20. Juli 1848.

Theater-Nachricht.

Donnerstag: 23ste Abonnements-Vorstellung. Auf vielfaches Verlangen, zum fünften Male: **„Der Pfarrherr."** Original-Schauspiel in 5 Akten von Charlotte Birch-Pfeiffer.

Freitag: 24ste Abonnements-Vorstellung. Zum 7ten Male: **„Martha"**, oder: **„Der Markt zu Richmond."** Oper mit Tanz in 4 Akten, Musik von Friedr. v. Flotow.

Entbindungs-Anzeige.

Heute Nacht halb 1 Uhr wurde meine Frau, geb. Seidel, von einem muntern Knaben glücklich entbunden. Die frohe Nachricht allen Freunden, statt jeder besondern Meldung.

Breslau, den 19. Juli 1848.

Oswald Reich.

Entbindungs-Anzeige.

Die gestern Abend 10¼ Uhr erfolgte glückliche Entbindung seiner Frau von einer gesunden Tochter beehrt sich hierdurch anzuzeigen:

Graf v. Monts,
Major und Kommandeur des Füsilier-Bataillons 11. Inf.-Regts.

Brieg, den 19. Juli 1848.

Todes-Anzeige.

Nach langen schweren Leiden entschlummerte sanft heute Nachmittag um 4 Uhr unsere innig geliebte theure Mutter, die verw. Frau Bibliothekar Caroline Schimmel, geb. Holzhey. Dies zeigen entfernten Verwandten und Freunden tiefbetrübt an:

Marie Schimmel.
Berthold Schimmel.

Todes-Anzeige.

Tief gebeugt zeigen wir den unersetzlichen Verlust unseres theuern, uns unvergeßlichen Gatten, Vater, Bruder und Schwager, des königl. Hauptmanns a. D. und Garnison-Verwaltungs-Ober-Inspektor Herrn von Heyne, Ritter des eisernen Kreuzes 1ster Klasse, nach neunwöchentlichen schweren Leiden in Folge chronischer Brust- und Unterleibs-Krankheit in einem Alter von 63 Jahren 10 Monaten, hiermit ergebenst an.

Neisse, den 17. Juli 1848.

Die Hinterbliebenen.

Todes-Anzeige.

Gestern Nachmittag 5½ Uhr wurde uns unser herzlich und inniggeliebtes Töchterchen Ottilie, in dem Alter von 4 Jahren, 8 Monaten und 14 Tagen, durch den Tod plötzlich entrissen. Ihr Ende war sanft und still. Gränzenlos aber ist unser Schmerz, eingedenk ihrer innigen Liebe und Anhänglichkeit an uns. Diese traurige Nachricht widmen wir allen unsern Freunden und Bekannten, und bitten um stille Theilnahme.

Olschofke, den 18. Juli 1848.

Eduard Hensel.
Auguste Hensel, geb. Stoltze.

Verspätete Todes-Anzeige.

Nach der Krankheit, aber glücklich erfolgten Genesung unsers Gatten und Vaters, bringen wir die verspätete Anzeige, allen entfernten Verwandten und Freunden mit namenlosem Schmerz, statt besonderer Meldung, zur Kenntniß, daß unser einziger Sohn und innigst geliebter Bruder Emil, am 23. Juni Abends 9 Uhr in Sagan, trotz der sorgsamsten Pflege, nach kurzem Krankenlager im fast vollendeten 21sten Lebensjahre, an Darm-Entzündung und hinzugetretenem Nervenschlage verschieden ist. Durch seinen Tod sind unsere schönsten Hoffnungen vernichtet, unsere Freuden zerstört und Gram und Kummer unser Loos geworden, die wir durch stilles Beileid theilnehmend zu ehren bitten.

Grünberg, den 17. Juli 1848.

Apotheker Weimann, als Vater.
Emilie Weimann, geb. Ilgner, als Mutter.
Clara, Agnes, Auguste, Natalie, Ida, Schwestern.

Die **3. Aufstellung von Sattler's Kosmoramen** ist bis 23. Juli zu sehen.

Kapitals-Gesuch.

Auf ein hiesiges in der Vorstadt belegenes Grundstück, welches in der städtischen Feuer-Societät mit 16,000 Rthl. versichert ist, werden ohne Einmischung eines Dritten sofort, oder auch bis Termin Weihnachten d. J. 8000 Rthl. zur ersten alleinigen Hypothek gesucht. Zu diesem Grundstück gehört außerdem ein Garten von 4 Morgen des besten Ackerbodens, der in obiger Versicherungs-Summe nicht mit inbegriffen, jedoch hypothekarisch mit verpfändet wird.

Der Kirchschaffner Schulze, an der Barbara-Kirche Nr. 5 wohnend, wird die Güte haben, darüber nähere Auskunft zu geben.

Seidne Bänder und Spitzen

empfing wieder in neuer Auswahl und empfiehlt solche, um schnell damit zu räumen, zu auffallend billigen Preisen:

S. S. Peiser,
Buttermarkt im Leinwandhause der Friedrichs-Statue gegenüber.

Zur Verfassungs-Sache.

In der Buchhandlung **Josef Max und Komp.** in **Breslau** ist zu haben:

Offener Brief des Freiherrn E. von Vincke-Olbendorf an Herrn Gerichtsschulzen Nickel, Abgeordneten des Grottkauer Kreises, zur Versammlung für die Vereinbarung der preußischen Verfassung, betreffend dessen Bericht v. 25. Juni 1848. gr. 8. geh. 2½ Sgr.

Braniß, Dr. Ch. J., die deutsche National-Verfassung und die preußische Konstitution. Ein Votum. gr. 8. 1848. geh. 7½ Sgr.

Die Verloosung der bei der diesjährigen Gewerbe-Ausstellung angekauften Gegenstände hat Montags, den 17. Juli stattgefunden und es sind folgende Gewinne auf die beigesetzten Loos-Nummern gefallen:

Nr.		Nr.		Nr.	
4.	Leinwand.	488.	Ein Korset.	953.	Ein Briefhalter.
7.	Ein Feuerzeug.	497.	Ein Kleid.	954.	Eine Börse.
11.	Ein Fußteppich.	504.	Ein Kleid.	959.	Ein Uhrgehäuse.
42.	Ein Paar Stiefeln.	510.	Leinwand.	961.	Ein Korb.
43.	Desgl.	511.	Leinwand.	965.	Ein Wandkorb.
66.	Ein Ruhekissen.	541.	Ein Tablett.	966.	Ein Halsband.
67.	Ein Schreibzeug.	544.	Ein Kleid.	979.	Ein Rosenbouquet.
69.	Künstliche Blumen.	565.	Ein Hut.	981.	Eine Börse.
78.	Ein Häkel-Etuis.	567.	Ein Sammtkästchen.	995.	Handtücher.
84.	Eine geruchlose Retirade.	573.	Ein Spinnrad.	1003.	Eine Fußritsche.
88.	Ein Kleid.	582.	Ein Ellenmaaß von Bernstein.	1013.	Ein Waschbecken.
96.	Ein Knabenhut.	588.	Ein Paar Handschuhe.	1023.	Ein Rohrstuhl.
102.	Ein Schreibzeug.	604.	Ein Salz- u. Pfeffergefäß.	1025.	Ein Stück Sattelgurt.
113.	Eine Cigarrenpfeife.	613.	Ein Haussekretär.	1029.	Ein Teller.
117.	Eine Schüssel.	647.	Ein Bernsteinhalsband.	1048.	Eine Punschbowle.
125.	Ein Körbchen.	672.	Ein Zahnstocherträger.	1054.	Ein Schmuckhalter.
126.	Ein Bernsteinhalsband.	683.	Ein Flacon mit Riechwasser.	1065.	Ein Fenstervorsatz.
133.	Eine Vase.	701.	Ein Kinderlätzchen.	1067.	Eine Brosche.
144.	Ein Lichtschirm.	705.	Ein Paar Schuhe.	1081.	Ein Tabakskasten.
148.	Ein Koffer.	718.	Ein Kleid.	1085.	Ein Filzhut.
155.	Ein Kinderhütchen.	722.	Eine Küchenschüssel.	1098.	Ein Fruchtkorb.
162.	Ein Zahnstocher-Etuis.	726.	Ein Fruchtkorb.	1115.	Eine Kartenpresse.
163.	Eine Tasche.	733.	Eine Figur von Thon.	1127.	Ein Kober.
165.	Leinwand.	742.	Ein Pfeffer- u. Salzgefäß.	1129.	Eine Eiersiedemaschine.
190.	Ein Paar Bürsten.	743.	Ein Kleid.	1136.	Eine Kühlflasche.
192.	Ein Bernsteinhalsband.	754.	Handtücher.	1142.	Ein Kindermützchen.
202.	Ein Packet Siegellack.	759.	Eine Glasflasche.	1143.	Ein Paar Messer und Gabel von Bernstein.
212.	Ein Armband.	762.	Ein Teller.	1157.	Ein Kleid.
213.	Ein Blumenkörbchen.	766.	Ein Handschuhkasten.	1172.	Leinwand.
220.	Eine Cigarrenpfeife.	767.	Ein Cachemirtuch.	1180.	Ein Herrenhut.
223.	Ein Blumenkörbchen.	770.	Ein Kober.	1187.	Ein Cabaret.
243.	Künstliche Blumen.	773.	Ein Schreibzeug.	1190.	Eine Wasserkaraffe mit Gläser und Tablet.
288.	Ein Körbchen.	774.	Eine Blumenvase.	1193.	Eine Bänderdecke.
314.	Ein schwarzes Kachemirtuch.	790.	Ein Füllhorn.	1202.	100 Stück Federn.
315.	Ein Kleid.	791.	Ein Kleidchen.	1215.	Eine Ampel.
318.	Ein Paar Kinderschuhe.	803.	Ein Hut.	1218.	Ein Kleid.
321.	Ein Cabaret.	818.	Ein Körbchen.	1229.	Ein Schürzchen.
329.	Ein Mützchen.	826.	Eine Fußritsche.	1230.	Leinwand.
333.	Eine Fruchtschüssel.	833.	Ein Damastgedeck.	1246.	Künstliche Blumen.
336.	Ein Zuckerkorb.	835.	Ein Paar Ohrbommeln.	1254.	Ein Hut.
340.	Eine Ampel.	842.	Ein Strohteller.	1279.	Ein Paar Schuhe.
347.	Ein kleiner Spiegel.	848.	Ein Paar Stiefeln.	1285.	Ein Schloß.
365.	Ein Zahnstocher-Etuis.	854.	Ein Spiegel.	1312.	Ein Hosenträger.
369.	Ein Bernsteinhalsband.	855.	Ein Album.	1324.	Ein Herrenrock.
376.	Ein Armband.	858.	Ein Halsband.	1335.	Ein Strohteller.
382.	Ein Handschuhkasten.	864.	Eine Kaffeemaschine.	1351.	Ein Hosenträger.
386.	Ein Kleid.	872.	Eine Kartenpresse.	1355.	Ein Armband.
404.	Ein Körbchen.	874.	Ein Tabakskasten.	1358.	Ein Damen-Putztisch.
436.	Eine Punschkelle.	886.	Eine Ampel.	1360.	Eine Hutschachtel.
438.	Eine Schüssel.	899.	Ein Cabaret mit Senfgefäß.	1361.	Ein Kleid.
440.	Ein Rohrsessel.	928.	Ein Papierkorb.	1362.	Eine eiserne Bettstelle.
443.	Eine gestickte Tasche.	941.	Eine Thonvase.	1365.	Zwei Krausen Seife.
449.	Ein Paar Bettdecken.			1370.	Eine Kühlflasche.
486.	Ein Korb.				

Wer innerhalb der ersten sechs Wochen nach dieser Bekanntmachung den Gewinn nicht abholt, wie auf dem Loose bemerkt war, verliert sein Anrecht auf dieselben.

Die Ausstellungs-Kommission.

Ritterguts-Verpachtung.

Das dem Herrn Standesherrn Grafen von Schlabrendorf zugehörige, ¼ Meile von der Stadt Frankenstein entfernt liegende Rittergut Tarnau, zu welchem zwei Vorwerke mit circa 1003 Morgen Magdeburgisch nutzbares Land incl. 173 Morgen ausgezeichnete Thal-Wiesen gehören, soll auf acht dreiviertel Jahre und zwar von Michaelis d. J. bis Johannis 1857 im Wege der Submission verpachtet und die diesjährige Getreideerndte mit übergeben werden.

Die Pachtbedingungen zur Verpachtung dieses Rittergutes sind vom 26. Juli bis zum 1. September d. J. an jedem Wochentage in der Kanzlei des Unterzeichneten, so wie in der Wohnung des Sekretärs Bodelius zu Frankenstein einzusehen.

Pachtgebote sind an den Unterzeichneten mit genügendem Nachweis über die Qualifikation des Offerenten bis zum ersten September d. J. postfrei einzusenden und es sind die Offerenten an denselben bis zum 15. September d. J. gebunden.

Minimum der Pacht pro Jahr ist außer verschiedenen nicht bedeutenden Natural- und Baarleistungen die Summe von 2000 Rthlr., als Pachtkaution müssen 1500 Rthlr. in schlesischen Pfandbriefen, Litt. A. zu Händen des Herrn Verpächters deponirt werden; die königl. Grundsteuern trägt der Herr Verpächter.

Gegenwärtig werden auf den beiden zum Rittergute Tarnau gehörigen Vorwerken 1000 Stück Schafe, excl. Lämmer, eingewintert und 30 Stück Nutzkühe gehalten, welche letztere bei der Nähe der Stadt Frankenstein ausgezeichnet rentiren; — auf beiden Vorwerken wird ein vollständiges todtes und lebendes Inventarium übergeben werden.

Stolz bei Frankenstein, den 18. Juli 1848.

Lorenz, Forst- und Wirthschafts-Direktor.

Michaelis d. J. wird in der Kreisstadt Oels, in einem am Markt gelegenen Hause, ein Verkaufslokal nebst Wohnung leer, und kann zu diesem Termine aufs Neue vermiethet werden. Eben so ist im zweiten Stock die Wohnung, aus 2 Stuben und 2 lichten Kabinets nebst Beigelaß bestehend, zu vermiethen und bald zu beziehen. Auf frankirte Briefe ertheilt Nachricht die Eigenthümerin, verwittw. Kämmerer Berthold zu Oels.

Ein wissenschaftlich gebildeter, junger Mann, der mit der Correspondence in deutscher Sprache durchaus vertraut ist und der sich in mannigfachen Lebensverhältnissen bewegt hat, sucht, bei mäßigen Ansprüchen, eine dauernde Anstellung als Privat-Sekretär, Administrator ꝛc., oder in irgend einer seinen Fähigkeiten entsprechenden Branche. Frankirte Offerten erbittet man unter der Adresse: Wentzke, Breslau, Heiligegeiststraße Nr. 8.

Die Gegenwart.

Eine encyklopädische Darstellung der neuesten Zeitgeschichte für alle Stände.

Dieses Werk, für dessen Ausführung die tüchtigsten Gelehrten und Publicisten des In- und Auslandes gewonnen sind, hat die encyklopädische Behandlung der neuern und neuesten Zeitgeschichte in Kunst und Wissenschaft, im socialen und politischen Leben zur Aufgabe. Dasselbe wird nicht nur eine vollständige Uebersicht der Thatsachen und Persönlichkeiten gewähren, sondern auch durch lebendige Auffassung und gedankenvolle Verarbeitung des Stoffes den Entwickelungsgang unserer Zeit zu zeichnen, und den Zeitgenossen das Verständniß der Epoche zu vermitteln suchen.

Das Unternehmen trägt den Charakter eines **selbstständigen, in sich abgeschlossenen Werkes,** ist jedoch zugleich als ein **Supplement zu allen Ausgaben des**

Conversations-Lexikon,

so wie als eine **Neue Folge** des so sehr verbreiteten

Conversations-Lexikon der Gegenwart

zu betrachten.

Das Werk erscheint in Heften zu 5 Sgr., deren zwölf einen Band bilden; monatlich werden zwei bis drei Hefte ausgegeben. Das erste und zweite Heft, so wie ausführliche Anzeigen sind in allen Buchhandlungen zu erhalten, in **Breslau** bei **A. Schulz und Comp.,** Altbüßerstraße Nr. 10, an der Magdalenenkirche.

Leipzig, im Juni 1848.

F. A. Brockhaus.

Fürstensgarten.

Heute Donnerstag den 20. Juli großes Militär-Konzert von der aus 38 Mann bestehenden Kapelle des 22sten Infanterie-Regiments. Entree für Herren 2½ Sgr., Damen 1 Sgr. Programms werden an der Kasse gratis ausgegeben. **A. Ziegler.**

Sollte Jemand, der ein fühlendes Herz hat und Mittel besitzt, geneigt sein, eine Familie vor dem Verluste ihrer Habe mit einem Darlehn von 4000 Rthl. zu schützen, der beliebe seine Adresse unter L. W. T. poste restante Breslau abzugeben. Das Kapital kann theils hypothekarisch sicher gestellt werden, anderntheils wird es hinreichend durch Geschäfts-Utensilien gedeckt. Zu ewigem Danke würde sich ein solcher Menschenfreund diese Familie verpflichten, die durch die jetzigen Zeitverhältnisse in die Lage gekommen ist, zu diesem Mittel seine Zuflucht zu nehmen.

Durch den Rücktritt des hiesigen Bürgermeisters in den Justizdienst wird dieser Posten zum 1. November 1848 frei. Bewerber wollen sich bei dem Stadtverordneten-Kollegium zu Händen des unterzeichneten Vorstehers melden.

Oels, den 15. Juli 1848.

Kleinwächter,
Stadtverordneten-Vorsteher u. Fürstenthums-Gerichts-Rath.

Ein Lehrer
sucht sofort eine Hauslehrerstelle. Näheres beim Herrn Lehrer Rylski zu Strumiany bei Borek.

Brennholzverkauf.

Fichtenes, kiefernes und tannenes Leibholz

steht klafternweis billig zum Verkauf. Das Nähere Junkernstraße 19, im Comptoir.

Avertissement.

Ein zuverlässiger, junger Mann, der sowohl hier als in Berlin im Manufakturwaaren-Engros-Geschäft gearbeitet, zuletzt hierorts für ein nicht unbedeutendes Tabaksgeschäft gereist, mit der Buchführung und Correspondence vertraut ist, sucht unter bescheidenen Ansprüchen, wo möglich bald, ein derartiges Engagement. Näheres im Commissions- und Agentur-Bureau von

Alexander u. Comp.,
Kupferschmiedestraße Nr. 12.

Oeffentliche Vorladung.

Ueber das Vermögen des Kaufmanns R. Schnaubelt hierselbst ist der Concurs-Prozeß eröffnet und ein Termin zur Anmeldung und Nachweisung der Ansprüche aller unbekannten Gläubiger auf

den **20. September 1848, Vormittags 11 Uhr**, vor dem Herrn Stadt-Gerichts-Assessor Krüger

in unserm Parteienzimmer anberaumt worden. Wer sich in diesem Termine nicht meldet, wird mit seinen Ansprüchen an die Masse ausgeschlossen und ihm deshalb gegen die übrigen Gläubiger ein ewiges Stillschweigen auferlegt werden.

Breslau, den 26. Mai 1848.

Königliches Stadt-Gericht. II. Abtheilung.

Holz-Lieferung.

Es sollen für die hiesige städtische Armen-Verwaltung, für den Winter des Jahres 1848—49, 400—450 Klaftern Kiefern-Leibholz oder Erlenholz zweiter Klasse bis ult. November d. J. auf einen der städtischen Holzhöfe hierselbst franco geliefert werden.

Behufs Verdingung derselben im Wege der Submission fordern wir Lieferungslustige auf, ihre Gebote versiegelt bis zum **31. Juli** d. J. an uns einzureichen, in dem

auf den **31. Juli** Vormittags **11** Uhr im rathhäuslichen Fürstensaale

anberaumten Termine zu erscheinen und die Eröffnung der eingereichten Submissionsschreiben zu gewärtigen.

Die Kosten der Lizitation und des Kontrakts übernimmt der Lieferant.

Breslau, den 15. Juli 1848.

Die Armen-Direktion.

Ediktal-Citation.

Von dem unterzeichneten Land- und Stadt-Gericht werden die unbekannten Erben der zu Proskau am 15. Dezember 1847 verstorbenen Louise verw. Waldwärter Kramer, auf den Antrag des Nachlaßkurators aufgefordert, ihre etwanigen Ansprüche an den qu. Nachlaß spätestens in dem auf

den 17. April 1849 früh 9 Uhr

in unserm Gerichtszimmer vor dem Herrn Land- und Stadt-Richter Buchwald angesetzten Termine, schriftlich oder persönlich geltend zu machen, widrigenfalls sie damit werden präkludirt und der Nachlaß als herrenloses Gut dem Fiskus wird zugesprochen werden.

Oppeln, den 18. Juni 1848.

Königl. Land- und Stadt-Gericht.

v. Schmid.

Nothwendiger Verkauf.

Die dem Christian Mokrasche gehörige Freistelle Nr. 3 Siebischau, Kreis Breslau, mit 11 Morgen 72 Quadrat-Ruthen Garten und Ackerland, gerichtlich taxirt auf 1484 Rtlr. 12 Sgr., soll den 25. Januar 1849 meistbietend verkauft werden. Der Bietungs-Termin steht in Siebischau an, und werden am besagten Tage von 9 Uhr Morgens ab Gebote angenommen. Die Taxe, so wie der neueste Hypothekenschein sind in unserer Kanzelei, Nikolaistraße Nr. 34, Breslau, einzusehen.

Breslau, den 10. Juli 1848.

Das Gerichts-Amt für Siebischau.

Auktions-Anzeige.

Im Auftrage des hiesigen fürstlich kurländisch-standesherrlichen Gerichts werde ich den 9. August d. J. und die folgenden Tage den Nachlaß des hierselbst verstorbenen Gerichts-Kanzlers Lessing, bestehend aus Möbeln, Kleidungsstücken, Wäsche, Betten, Porzellan, Gläsern, einigem kupfernen Küchengeräth und 2 Wagen, so wie Bücher, juristischen, wissenschaftlichen und belletristischen Inhalts, öffentlich meistbietend im Sterbehause gegen gleich baare Zahlung versteigern, wozu ich Kauflustige hierdurch einlade.

Wartenberg, den 8. Juli 1848.

Burgund,
Rendant und Registrator.

Samen-Roggen.

Ueberseeischen Pracht-Roggen (8 Mtz. Aussaat pro Magdeburger Morgen kräftigen Boden), wie böhmischen Schilf-Stauden-Roggen offerirt zu höchst soliden Preisen:

Franke, Wirthschaftsbeamter.

Eckersdorf, Kreis Breslau, Juli 1848.

Milch-Offerte.

Gute Milch, wie sie von der Kuh kommt, wie auch abgelassene und Sahn, gegen 130 Quart, kann ein Dominium täglich bis früh 7 Uhr zum Verkaufe oder auf Abschluß für das ganze Jahr nach Breslau liefern.

Das Nähere bei dem Goldarbeiter Herrn **Jos. Cassirer**, Riemerzeile Nr. 20. 21.

6000 Rthl. werden gesucht auf ein Rittergut, unweit Breslau, gegen pupillarische Sicherheit. Näheres Kupferschmiedestraße 10 im Gewölbe.

Frische wilde Enten,

Stock-Enten, das Paar 17 und 18 Sgr. Mittel-Enten, das Paar 12 Sgr. Krick-Enten, das Paar 8 bis 9 Sgr., empfiehlt:

Beier, Wildhändler,
Kupferschmiedestraße 16, im Keller.

Flügel,

neue und gebrauchte, sind zu verkaufen und zu vermiethen: Weißgerbergasse Nr. 5.

Ein Mann, wo möglich in gesetzten Jahren, welcher in einem Kreis-Steuer-, königl. Rent- oder doch landräthlichen Amte gearbeitet hat, findet ein Unterkommen in Breslau Mathiasstraße Nr. 25, eine Treppe.

70,000 Thaler Cour.

kann ein Gutsbesitzer mit Vermögen durch Verheirathung mit einer jungen Dame guter Familie sich erwerben. Reele Offerten unter der Adresse „Fortuna", Spandauerstr. Nr. 36, 2 Tr., im Geschäftszimmer zu Berlin abgegeben, werden berücksichtigt.

Auf dem Dominium Tschieschwitz, hinter Drohmsdorf, an der Jauerschen Straße stehen 60 Stück mit Körnern gemästete sehr fette Schöpse zum Verkauf.

Manilla-Hanf,

in vorzüglicher Qualität, offerirt:

Eduard Vetter,
Junkernstraße Nr. 8, erste Etage.

Verlorener Hund.

Ein kleiner weißer Spitz, ganz geschoren, ist verloren gegangen; wer denselben Goldeneradegasse 5 abgiebt, erhält eine Belohnung.

Ein Windhund

kann vom Besitzer abgeholt werden: Neue Schweidnitzer Straße Nr. 3d. im zweiten Stock, Gartenstraßen-Ecke.

Vermiethungs-Anzeige.

1) Ring Nr. 8 (sieben Churfürsten) ist die zweite Etage, bestehend in 10 Piecen mit allem Zubehör, Stallung und Wagenplatz, Böden rc., desgl. mehre kleine Wohnungen und eine Remise von Michaelis d. J. ab, und
2) Herrenstraße Nr. 2 die Hälfte der zweiten Etage, bestehend in 5 Piecen mit Zubehör, von Michaelis ab zu vermiethen und zu beziehen. Das Nähere beim Komissionsrath **Hertel**, Seminargasse 15.

Zu vermiethen und zu beziehen:

1) Tauenzienstraße Nr. 66 zwei kleine Wohnungen von Michaelis ab.
2) Reuschestraße Nr. 50 ein Verkaufs-Gewölbe von Michaelis ab und mehre mittlere Wohnungen, theils sofort, theils von Michaelis ab; desgl. eine Remise sofort.
3) Bahnhofstraße (zur Palme), neben der weißen Rose, mehre große und kleine Wohnungen, theils sofort, theils von Michaelis ab.
4) Friedr.-Wilh.-Straße Nr. 26 mehre große und kleine Wohnungen sofort resp. von Michaelis ab.
5) Schmiedebrücke Nr. 36 eine geräumige Wohnung in der zweiten Etage von Michaelis ab und eine kleine Parterrewohnung sofort.
6) Universitätsplatz Nr. 14 eine Wohnung in der ersten Etage von Michaelis ab.
7) Vorwerksstraße Nr. 12 mehre kleine Wohnungen, theils sofort, theils von Michaelis ab.
8) Siebenhubener-Straße Nr. 20 eine größere und mehre kleinere Wohnungen, theils sofort, theils von Michaelis ab.
9) Friedr.-Wilh.-Straße Nr. 30a mehre kleine Wohnungen, theils sofort, theils von Michaelis ab.
10) Karlsstraße Nr. 49 eine mittlere Wohnung sofort resp. von Michaelis ab.

Näheres beim Kommissionsrath **Hertel**, Seminargasse Nr. 15.

Am Schießwerder Nr. 6 bei M. A. Fuchs ist die Klafter trocknes Pappel-Leibholz für 4 Rthlr. und Pappel-Wrack für 3 1/3 Rthlr. zu haben.

Tauenzienplatz Nr. 8 sind bald oder zu Michaelis mehre Wohnungen zu vermiethen.

Karlsstraße Nr. 47, erste Etage, ist ein gut möblirtes Zimmer vorn heraus sogleich zu beziehen.

Ein freundlich möblirtes Zimmer ist Hummerei Nr. 17 im ersten Stock zu vermiethen.

Albrechtsstraße Nr. 39

ist der zweite Stock zu vermiethen und Michaelis zu beziehen.

Eine Wohnung von Stube, Alkove, Küche, Altane und Kammer, im Hofe 2 Stiegen, auch eine große trockene Remise ist Nikolai-Straße Nr. 16 (drei Könige) zu vermiethen; Näheres im Gewölbe.

Antonienstaße Nr. 9 ist Michaelis billig zu vermiethen: der zweite Stock von 5 Piecen, eine Hofwohnung von 4 Piecen, und Keller und Remisen bald.

In der Nikolaivorstadt, neue Kirchgasse Nr. 10a. sind große und kleine Wohnungen zu Michaelis zu beziehen.

Eine freundliche möblirte Stube ist vom ersten August ab zu vermiethen: Tauenzienstraße Nr. 14, 3 Treppen rechts.

Die Gräupnerei

nebst Keller und Wohnung ist Kupferschmiedestraße Nr. 32 zu vermiethen.

Zu vermiethen ist Schmiedebrücke Nr. 54 ein Specerei-Geschäft und sofort zu beziehen. Näheres Oderstraße Nr. 33 im Fleischgewölbe.

Tübingen. Im Lauppschen Verlage ist so eben erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben, in **Breslau** bei **Graß, Barth und Comp.**:

Die Nothwendigkeit einer lebendigen Pflege des positiven Christenthums

in allen Klassen der Gesellschaft.

Den deutschen Regierungen, zunächst dem deutschen Parlament zur Würdigung vorgelegt

von **Dr. J. B. Hirscher.**

4 Bogen. gr. 8. broch. Preis 6 Sgr.

Vorschriftsmäßig — (nach der Verordnung vom 15. Februar 1811 und dem Publikandum vom 13. März 1813) — angefertigte

Mühlenwaage-Tabellen,

das Exemplar zu 3 Bogen — **6 Sgr.**,

sind vorräthig zu haben in der Stadt- und Universitäts-Buchdrückerei von

Graß, Barth und Comp.,

Breslau. Herrenstraße Nr. 20.

Nachdem ich das von mir bisher geführte Lotterie-Geschäft in die Hände der königlichen General-Lotterie-Direktion zurück gewährt, der königl. Lotterie-Einnehmer Hr. Froböß von Hochderselben aber mit der Abwickelung des Geschäfts beauftragt worden, fordere ich alle diejenigen, welche in Angelegenheiten des Lotterie-Geschäfts bisher mit mir in Verbindung standen, auf, sich von jetzt ab, lediglich an Herrn Froböß zu wenden.

Breslau, den 19. Juli 1848. **J. Holschau.**

Nachdem die königliche Lotterie-Direktion mir die Verwaltung der Holschauschen Lotterie-Einnahme übertragen hat, fordere ich alle Diejenigen, welche aus der erwähnten Kollekte Loose entnehmen wollen, oder mit dem Herrn rc. Holschau als Lotterie-Einnehmer noch in geschäftlicher Verbindung stehen, hiermit auf, sich von jetzt ab, lediglich an mich zu wenden. Breslau, den 19. Juli 1848.

Der königliche Lotterie-Einnehmer **Froböß**, Blücherplatz Nr. 8.

W. Altmann's Anstalt zur Aufnahme von Knaben außer der Schulzeit,
(Unterrichts-, Erziehungs- und Pensions-Anstalt, Herrenstraße Nr. 20).

Die Besuchszeit während der Ferien ist täglich von 10—12 Uhr und von 3—6 Uhr. An der Montag den 24. d. von den älteren Zöglingen mit mir anzutretenden Gebirgsreise können sich noch einige Nichtzöglinge (über 9 Jahr alt) betheiligen. Anmeldungen neuer Schüler können mit jedem Tage erfolgen. W. A.

Verkauf einer Stahl-, Messing- und Eisen-Waaren-Handlung.

Der im Frühjahr 1849 stattfindende Umbau unsers jetzigen Lokals, und die Nothwendigkeit, dasselbe zu räumen, haben uns zu dem Entschluß gebracht, unsere seit 30 Jahren geführte Stahl-, Messing- und Eisenwaaren-Handlung im Ganzen zu verkaufen, oder im Fall sich kein Abnehmer finden sollte, in diesem Jahre aufzulösen. Im ersteren Falle werden wir gern bereit sein, unsere nicht unbedeutende Kundschaft dem Herrn Käufer zuzuführen, und die Bedingungen so annehmbar wie möglich stellen. — Anfragen bitten ohne Unterhändler direkt an uns gelangen zu lassen.

Breslau, den 19. Juli 1848. **W. Heinrich u. Comp.**, am Ringe Nr. 19.

Die Wollen-Garn-Spinnerei von A. F. Dinglinger in Hirschberg i. Schl.

empfiehlt sich zu Bestellungen auf Kamm- und Streichgarne, auch werden Aufträge im Lohnspinnen bei soliden Preisen schnell und gut ausgeführt. Proben liegen bereit und werden auf Verlangen zur Ansicht zugesandt.

Am Schießwerder Nr. 6, direkt an der Oder, ist ein luftiger Boden von 150 Fuß Länge und 25 Fuß Tiefe sofort zu vermiethen.

Vermiethungs-Anzeige.

Tauenzienstraße Nr. 71 und neue Taschenstraße Nr. 6b sind mehrere herrschaftliche Wohnungen mit allem Zubehör, theils sofort, theils von Mtchaelis d. J. ab, desgl. zwei kleinere, eine vom 1. August und die andere vom 3. Oktober d. J. ab zu mäßigen Preisen zu vermiethen und zu beziehen. Das Nähere bei Herrn Kaufmann Thomale daselbst, so wie beim Kommissionsrath **Hertel**, Seminargasse Nr. 15.

Vermiethungs-Anzeige.

In Nr. 76/77, Ohlauerstraße (zu den drei Hechten), ist in der 1. Etage eine geräumige Wohnung, desgl. eine mittlere in der 2. Etage nach der Altbüsserstraße heraus, sowie die Schmiedewerkstatt sofort resp. von Mich. c. ab zu vermiethen und zu beziehen.

Das Nähere beim Kommissionsrath **Hertel**, Seminargasse Nr. 15.

Zu vermiethen Termin Michaelis eine Wohnung von 5 Stuben, 2 Alkoven, Küche und Zubehör: Albrechtsstraße Nr. 38.

Ring Nr. 56 ist der erste Stock, geeignet zu einem Geschäftslokal, zu vermiethen.

Neue Schweidnitzerstraße Nr. 4b ist Veränderungshalber das bisher von Sr. Durchlaucht dem Prinzen Ernst von Altenburg bewohnte Quartier (8 Piecen) mit Stallung auf vier Pferde, Remisen und Kutscherwohnung anderweitig zu vermiethen.

Ring Nr. 54 ist der zweite Stock zu vermiethen und Michaelis zu beziehen. Das Nähere im Gewölbe daselbst.

Zu vermiethen Term. Michaelis:
eine Wohnung von 3 Stuben, Küche und Zubehör, im ersten Stock;
ein Handlungs-Lokal, bestehend aus Comptoir, Remisen und Keller:
Altbüsserstraße Nr. 14, nahe der Albrechtsstr.

Breslauer Getreide-Preise

am 19. Juli

Sorte:	beste		mittle		geringste	
Weizen, weißer	62 1/2	Sg.	59	Sg.	53	Sg.
Weizen, gelber	60	„	56	„	52	„
Roggen	36	„	34	„	31	„
Gerste	28	„	26	„	24	„
Hafer	22 1/2	„	21	„	19	„

Breslau, den 19. Juli.

(Amtliches Cours-Blatt.) Geld- und Fonds-Course: Holländische Rand-Dukaten 96 Br. Kaiserliche Dukaten 96 Br. Friedrichsd'or 113 2/3 Br. Louisd'or 112 1/8 Gld. Polnisches Courant 89 1/4 Gld. Oesterreichische Banknoten 89 1/4 Br. Staats-Schuld-Scheine per 100 Rtl. 3 1/2 % 73 5/12 Gld. Großherzoglich Posener Pfandbriefe 5% 91 3/4 Gld, neue 3 1/2 % 77 3/4 Br. Schlesische Pfandbriefe à 1000 Rtl. 3 1/2 % 92 5/12 Br., Litt. B. 4% 93 Br., 3 1/2 % 81 1/4 Gld. Alte polnische Pfandbriefe 4% 86 3/4 Br., neue 86 3/4 Br. — Eisenbahn-Aktien: Breslau-Schweidnitz-Freiburger 4% 81 1/3 Br., Prior. 4% 84 3/4 Gld. Oberschlesische Litt. A 3 1/2 % 83 2/3 Br., Litt. B 83 2/3 Br. Krakau-Oberschlesische 36 Gld. Niederschlesisch-Märkische 3 1/2 % 70 1/4 Br. Köln-Mindener 3 1/2 % 75 3/4 Br. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 37 3/4 Gld.

Berlin, den 18. Juli.

(Cours-Bericht.) Eisenbahn-Aktien: Köln-Mindener 3 1/2 % 75 1/2 u. 1/4 bez., Prior. 4 1/2 % 87 1/2 Br. Niederschlesische 3 1/2 % 69 1/2 Br., Prior. 4% 80 bez., Prior. 5% 93 3/4 bez., Ser. III. 5% 87 1/2 bez. Oberschlesische Litt. A 3 1/2 % 83 1/4 Br., Litt. B 83 1/4 bez. Rheinische 52 1/2 Br., Prior. 4% 67 Gld. — Quittungs-Bogen: Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 4% 38 bis 37 1/2 u. 3/4 bez. u. Br. Posen-Stargard 4% 64 1/2 Br. — Fonds- und Geld-Sorten: Staats-Schuld-Scheine 3 1/2 % 73 3/4 bez. Seehandlungs-Prämien-Scheine à 50 Rtl. 88 Br. Posener Pfandbriefe 4% 91 bez., neue 3 1/2 % 77 1/2 Br. Friedrichsd'or 113 3/8 Br. Louisd'or 112 5/8 bez. Polnische Pfandbriefe alte 4% 86 1/2 bez., neue 86 1/2 bez.

Druck und Verlag von Graß, Barth und Comp.

Redakteur: Nimbs.